

Die IHK im „Dritten Reich“. Indienstnahme, Anpassung, Mittäterschaft

„DIE VOLLVERSAMMLUNG DES BEIRATS IST HEUTE NACH EINFÜHRUNG DES FÜHRERPRINZIPS NICHT MEHR DASSELBE WIE EHEDEM. [...] SIE [HABEN] DIE HOHE UND HEILIGE VERPFLICHTUNG [...] ÜBERNOMMEN, IHR GANZES KÖNNEN [...] AUFZUBIETEN, UM DEN NEUEN WEGEN NATIONALSOZIALISTISCHER WIRTSCHAFTSAUFFASSUNG DIE BAHN FREIZUMACHEN.“

IHK-PRÄSIDENT GUSTAV HAGEN, 1935

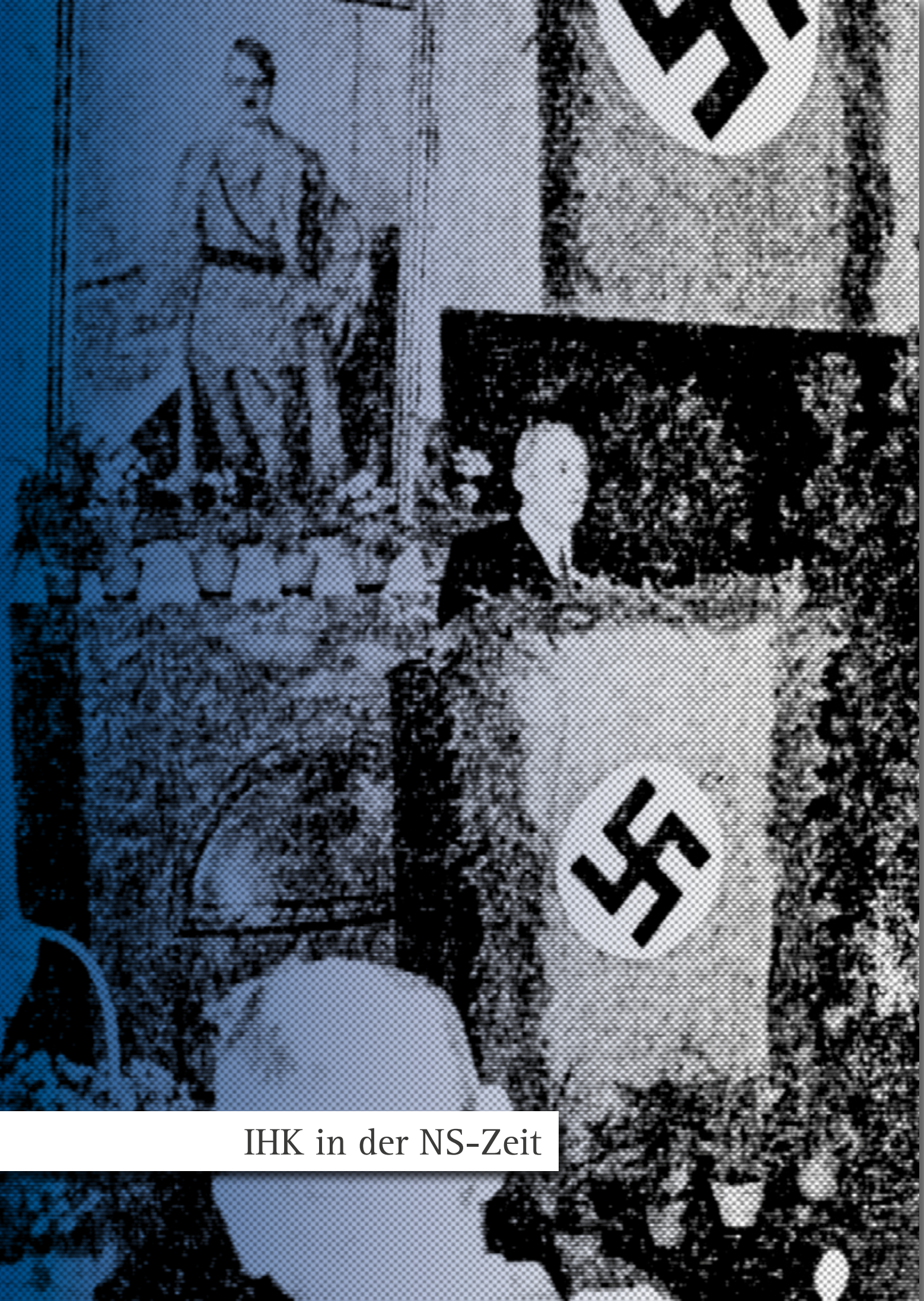
Zwischen 1933 und 1945 geriet die IHK, wie die erdrückende Mehrzahl der Organisationen und Institutionen, die ins „Dritte Reich“ hineinwuchsen, zum Erfüllungsgehilfen nationalsozialistischer Politik und Herrschaftspraxis.

Der folgende Beitrag gibt einen ersten kritischen Überblick über die Geschichte der IHK in dieser Zeit und berührt dabei die wichtigsten Aspekte institutioneller Entwicklung sowie zentrale Handlungsfelder der Kammerarbeit. Er untersucht den Umbruch im Jahr 1933, die Anpassungen der IHK in der Folgezeit und die Einbindung bzw. Beteiligung von Personen, die im Namen der Kammer handelten.

Dabei lässt sich eine IHK beobachten, die zwischen Anpassungsdruck von außen und Transformation von innen sehr rasch ihren Platz im NS-Wirtschaftssystem findet, dort eine wachsende Zahl von Aufgaben übernimmt, während ihre Führungsspitze durchaus einen beträchtlichen Machtzuwachs erlebt. Die IHK, ab 1942 mit der HWK zur Wirtschaftskammer vereint, ist schließlich von der „Entjudung der Wirtschaft“ bis zur Organisation von Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft Teil des NS-Herrschafts- bzw. -Verwaltungsapparates und hat ihre eigentliche Funktion wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Interessenvertretung gänzlich verloren.

Christoph Rass wurde 2001 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der RWTH Aachen mit einer Untersuchung zur Sozialgeschichte der Wehrmacht promoviert und habilitierte sich dort 2007 mit einer Studie zu organisierter Arbeitsmigration. Nach der Verwaltung der Professur für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück seit 2011 wurde er 2015 zum Professor für Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung ernannt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen, neben der Geschichte von Migration und Integration, die Institutionengeschichte sowie die Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkrieges.





IHK in der NS-Zeit

Die IHK im „Dritten Reich“.

Indienstnahme, Anpassung, Mittäterschaft

Christoph Rass

Zu Beginn der 1930er Jahre musste es Präsidium und Führungsmannschaft der Industrie- und Handelskammer ebenso wie den Unternehmerinnen und Unternehmern des Kammerbezirks vorkommen, als würden Krise(n) und Krisenmanagement nie mehr enden.¹ Der Erste Weltkrieg hatte mitten in eine lang anhaltende Wachstumsphase geschnitten, eine auszehrende Kriegswirtschaft hervorgebracht und schließlich in eine Niederlage gemündet, die politische und gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland umwälzte. Die erste deutsche Republik war, von vielen ungeliebt, mit manchen Belastungen, Verunsicherungen und für viele Firmen durchaus existenzbedrohenden Verwerfungen gestartet, hatte sich Mitte der 1920er Jahre, den „Goldenen Zwanzigern“, kurz gefangen, um dann in die Weltwirtschaftskrise zu stürzen. Eine fundamentale Erschütterung des Bankensektors, steigende Arbeitslosigkeit, schwindende Umsätze und eine scheinbar hilflose Wirtschaftspolitik gepaart mit der Erosion demokratischer Verhältnisse verhieß wenig Gutes für das nun anbrechende Jahrzehnt.²

Gleichwohl hatten sich Präsidium und Unternehmerschaft durchaus bemüht, in ihrem Sinne Wirtschaft nicht nur zu verwalten, sondern gestaltend auf die Verhältnisse zu wirken. Nachdem sich die Handelskammer Mitte der 1920er Jahre erst in Fragen der Verkehrsplanung und der Ausweitung von Industrie- und Gewerbegebieten einbrachte, wurde mit Ausbau des Flugplatzes Netterheide in Osnabrück, dem Kanal- und Hafenbetrieb oder strategischen Planungen zu Schienen- und Straßenverkehr später die interregionale Vernetzung zum Thema. Spätestens 1928 aber nahm die Wirtschaftskrise den Kammerbezirk in ihren Griff. Rasch erlangte die Suche nach politischen und unternehmerischen Antworten Priorität und drängte die zeitgleich laufende Debatte um eine Länder- bzw. Gebietsreform in den Hintergrund, die für die IHK mit Blick auf die Arrondierung ihres Wirtschaftsraums zuvor große Relevanz besessen hatte.³ In den Vordergrund rückten nun Erwerbslosigkeit, Steuer-, Preis- und Lohnpolitik, Außen-

handels- und Zollfragen sowie der Wunsch nach einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Dennoch gerieten auch jetzt längerfristige Perspektiven der wirtschaftlichen Selbstverwaltung nicht aus dem Blick, wie Überlegungen zur Emslanderschließung in den späten 1920ern ebenso wie die fortlaufende Planung zum Ausbau der Aus- und Fortbildungsschulen in der Region unterstreichen.⁴

In dieser Szenerie voller Verunsicherung begrüßte die IHK den Übergang des Präsidialkabinetts unter Reichskanzler Franz von Papen zu einer aktiven Konjunkturpolitik durch eine von Reichspräsident Hindenburg am 4. September 1932 in Kraft gesetzte Notverordnung. Immerhin stellte der neue wirtschaftspolitische Kurs antizyklische Investitionen und Kreditoptionen in Aussicht.⁵ Dabei positionierte man sich im Einvernehmen mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag mit dem Ruf nach innenpolitischer Stabilität, staatlichen Investitionen zur Krisenüberwindung und einer zentralen Rolle in weitgehender Freizügigkeit erbrachter „privater Unternehmerleistung“. Zugleich aber taumelte Deutschland, getragen von politischer Polarisierung und Radikalisierung, bereits einer Katastrophe entgegen, die Wählerinnen und Wähler 1932/33 von Urnengang zu Urnengang heraufbeschworen.⁶

„Machtergreifung“ und Machtwechsel

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 fand auch in Osnabrück ihren Widerhall in einem Auftrumpfen der örtlichen Nationalsozialisten, die sich nun an die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft machten.⁷ Gewaltakte gegen die politische Opposition, Aufmärsche und Fackelzüge als Gesten der Macht und Drohung gegen die zu Gegnern Erklärten bestätigten schlimmste Befürchtungen: Für Ruhe und Ordnung schienen die Nazis nicht zu stehen. Viele Unternehmer standen diesem Treiben durchaus ambi-

valent gegenüber. Größere Firmen waren schließlich eine Zielscheibe antikapitalistischer Rhetorik im Parteiprogramm der NSDAP. Gerade aber der Einzelhandel, von der Wirtschaftskrise und der Konkurrenz der Warenhäuser geschwächt, mochte sich von den neuen Machthabern durchaus den Schutz seiner Interessen versprechen.⁸ Jüdischen Unternehmern konnte nach Jahren antisemitischer Propaganda das Heraufziehen des „Dritten Reiches“ indes nichts Gutes bedeuten. Entsprechend vielschichtig müssen die Regungen unter den Mitgliedsunternehmen der IHK zu Beginn des Jahres 1933 gewesen sein. Die Kammer selbst scheint sich unter dem Eindruck der Tumulte in Osnabrück zwischen der „Machtergreifung“, den erneuten Reichstagswahlen und der Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetz-

es“ durch den Reichstag im März 1933 eher abwartend verhalten zu haben.⁹

So stellte sich die Osnabrücker Kammer in ihrer Vollversammlung am 28. Februar 1933 noch vollmundig hinter den wirtschaftspolitischen Kurswechsel der Regierung von Papen. Auch bestätigte man auf Antrag bei den nach den Kammerwahlen im November des Vorjahres anstehenden Gremienwahlen das gesamte Präsidium unter Kammerpräsident Stolcke sowie – nahezu ohne jede Veränderung – die Ausschüsse. Allerdings bemühte sich Syndikus Benno Manns bei seinem folgenden Vortrag über „Rationalisierung“ bereits um eine vorsichtige Positionierung. Einleitend zitierte der Redner den Aufruf des „stellvertretenden Kanzler des deutschen Reiches“ zu einer „Kulturwen-

Aufmarsch am Tag
der nationalen
Arbeit: IHK-Mit-
glieder sollten
sich Gruppe 7
anschließen.

Osnabrücker Zeitung Freitag, 28. April 1933

Osnabrück rüstet zum 1. Mai

Vorbereitungen und Anweisungen für den Festzug der deutschen Arbeit.

Bringt grün in die Stadt

Die Landbevölkerung wird gebeten, Maiengrün in die Stadt zu bringen zur Schmückung der Straßen.

Nationalsozialistische Frauenschaft.

Die Schulen

Wir weisen darauf hin, daß die Osnabrücker Schulen an dem Aufmarsch der nationalen Arbeit am 1. Mai teilnehmen. Näheres siehe heutige Anzeige.

Die I. und H.-Kammer

Die Industrie- und Handelskammer zu Osnabrück verweist auf die für den Umzug am 1. Mai vorgesehene Gruppe 7, in der außer dem Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand die Innungen und die gesamte Kaufmannschaft vertreten sein sollen, und ersucht Industrielle und Kaufleute, Betriebsleiter und Profuratoren, soweit sie sich nicht einer politischen oder bündischen Vereinigung und demgemäß einer anderen Gruppe anschließen, sich am Montag, 1. Mai, morgens 8,30 Uhr, vor dem

3000 Beamte marschieren

Am 1. Mai im Geiste des Tages der Nationalen Arbeit.

Nachdem zwischen 7 und 8 Uhr vormittags auf den Dienstegebäuden unter Beteiligung der Beamenschaft die Fahnen aufgezogen und die Flagge schwarz-weiß-rot gehißt worden sind, marschieren die einzelnen Hochscharen zum Schlosshof, wo um 8 Uhr angetreten wird. Die Durchführung aller Anordnungen ist Sache der Hochscharfsführer.

Aufmarsch vom Schlosshof zum Aluhügel um 8,30 Uhr.

Säule 1: Schupo-Kapelle, Hochscharf Schupo-Polizei, Kommando-Polizei, Regierung, Landratsamt, Staatsarchiv, Amtsleiteramt I und II, Kulturamt, Kulturbüroamt, Hochbauamt, Domänenamt, Wasserbauamt, Maschinenamt, Justiz.

Schlachthof einzufinden und um 8,40 Uhr von dort aus geschossen zum Aluhügel zu marschieren.

DIV. und Nationalfeiertag am 1. Mai.

Die Verwaltung des Deutschen Nationalen Handlungsbüros-Verbandes erklärt hierzu, daß sie diesen Feiertag aus der Haltung des Verbandes zur Arbeit und zur Nation heraus freudig begrüßt. Sie hat an alle Ortsgruppen Anweisung gegeben, daß jeder DHBler sich an den Veranstaltungen des 1. Mai zu beteiligen habe. Die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen sind aufgefordert worden, sich unterzüglich mit den zuständigen Stellen der NSDAP in Verbindung zu setzen.

Turner marschieren

Vom Verbandsvorstand des Osnabrücker Turnverbandes wird darauf hingewiesen, daß sämtl. Turnvereine der D. T. ihre Turnerinnen-Abteilungen in Befehlshaltung am Festzuge am 1. Mai teilnehmen lassen. Es muß unbedingte Pflicht einer jeden Turnerin sein, den Anweisungen der Gouleitung nachzukommen.

**Kammel,
Verbandsvorstand.**

Der DHB.

fordert seine Mitglieder im Angeigenteil zur Teilnahme am 1. Mai auf. Siehe heutige Anzeige.

Säule 2: 1. Reichsbahn-Kapelle, Hochscharf Reichsbahn.

Säule 3: Reichspost-Kapelle, Hochscharf Reichspost, Finanzamt, Zoll, Provinz-Verbände wie Heil- und Pflegeamt, Laubstummenschaft, Hebammenvereine, Landesbauamt, Versicherungsamt, Versorgungsamt.

Säule 4: 2. Reichsbahn-Kapelle, Magistrat, Lehrer, Arbeitsgemeinschaft Overburg, Reichsarbeitsamt, Versicherungsamt, Reichsamt, Versorgungsamt.

Ed. Meyer,
Leiter der Beamtenabtlg. der NSDAP.

de“, womit er sich zu diesem Zeitpunkt noch auf Franz von Papen bezog und anzeigte, welchen Kräften in der neuen Regierung seine Sympathien galten. Dann aber griff er mit dem Slogan „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ das Parteiprogramm der NSDAP auf, um in dem von einer „Revolution“ geschüttelten „Gemeinschaftswesen“ die Wahrung der Rechte aller – und damit auch der Unternehmer – einzufordern.¹⁰ Direkt neben dem Bericht über die Vollversammlung konnten die Kammermitglieder im Mitteilungsblatt allerdings lesen, dass der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages zur Wiederherstellung eines stabilen „inneren Friedens“ die „schärfste Bekämpfung des politischen Verbrechertums“ für geboten hielt.¹¹ Bereits die nächste Ausgabe des Kammerorgans gab dann die Modalitäten für die im Mai vorgesehenen „Ersatzwahlen“ bekannt, bei denen die Zusammensetzung der Kammergremien den Vorstellungen der Regierung angenähert werden sollte. Zugleich wurden auch die Anpassungsversuche aus der Kammer selbst deutlicher, zitierte man nun bereits einen „führenden nationalsozialistischen Wirtschaftsfachmann“ zum Thema „Außenhandel und Nationalwirtschaft“. Ebenso druckte die Redaktion Auszüge aus der Rede des Präsidenten des DIHT vom 3. April 1933 ab, in der er stellvertretend die Loyalität der Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zur Regierung Hitler erklärte, und damit wohl hoffte, den Bestand der Kammerorganisation zu sichern.¹²

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich wie überall in Deutschland auch in Osnabrück und quer durch den Kammerbezirk nicht allein brutale Gewalt gegen Andersdenkende Bahn gebrochen und hatten erste „Säuberungen“ Schneisen durch die Verwaltung geschlagen. Am 1. April 1933 fanden auch die ersten organisierten Boykotte von Geschäften statt, deren Besitzerinnen und Besitzer – allesamt Mitglieder der Handelskammer – als „Juden“ zur Zielscheibe der NS-Rassenideologie wurden.¹³ Nachdem bei den Neuwahlen der Hauptversammlung im Mai zwölf von 19 Mitgliedern neu zugewählt worden waren, eröffnete Präsident Stolcke die am 22. Juni 1933 folgende Vollversammlung mit einem direkten und deutlichen Bekenntnis zur Regierung Hitler und einer Abkehr von der Republik, deren Vertreter nun zu „marxistisch eingestellten Regierungen und Behörden“ wurden. Retten konnte dies den alten Kammerpräsidenten nicht. Nach seiner Rede forderte eine Gruppe von „Handelskammermitgliedern, die auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen“, unter Führung von Erich Sperling¹⁴ die Neubesetzung der Gremien mit den Worten:

„Der Nationalsozialismus bestimmt den aus der nationalen Revolution hervorgegangenen Staat. Er will die Wirtschaft und ihre Vertreter mit dem Ethos des neuen Staates erfüllen und in der Wirtschaft wieder die Begriffe von Ehre, Pflicht, Verantwortung und Kameradschaftlichkeit mehr zur Geltung bringen, als das früher der Fall war. Darum sind den Kammern und den berufsständischen Organisationen mehr Machtmittel gegen Außenseiter und Übelwollende zur Verfügung gestellt.“

Diese Arbeit kann nicht mit alten Gremien geleistet werden, die den Geist der neuen Zeit nicht voll in sich aufgenommen haben. Darum fanden Neuwahlen statt, die besonders auch jüngere Kräfte und die Vertreter mittlerer und kleinerer Betriebe zur Mitarbeit heranziehen sollten. [...] Wer glaubt, ohne Fühlung mit dem neuen Wirtschaftswollen oder im Gegensatz zu ihm seinen Willen oder seine Interessen durchsetzen zu können, wird auf eine Macht stoßen, die schon mit ande-

„DER NATIONALSOZIALISMUS WIRD NICHT DULDEN, DASS ÜBERTRIEBENER KONSERVATISMUS ODER EIN BESSERSEINWOLLEN ODER BESSERWISSENWOLLEN SICH DER NEUEN WIRTSCHAFTSFÜHRUNG ENTGEGENSTELLT.“

ERICH SPERLING, 1933



An der Propaganda beteiligt: Die amtlichen Mitteilungsblätter der IHK warben früh für die „Braunen Messen“, hier im Jahr 1933.



Durch die Vollversammlung abgelöst:
IHK-Präsident Carl Stolcke (l.) und
Hauptausschuss-
mitglied Wilhelm Kühling (C.F. Weymann aus Osnabrück).

ren Gegnern fertig geworden ist. Wer aber mitarbeiten will, dem sind, wie der Führer Hitler erklärt hat, die Tore zu nationaler Pflichterfüllung weit geöffnet.“¹⁵

Nach kurzer Beratung tauschte die Versammlung dann den bisherigen Hauptausschuss, bestehend aus Stolcke, Schlösser, Kühling und Schüttenberg, gegen politisch zuverlässige Akteure aus.¹⁶ Zum Kammerpräsidenten wählte man den Großhandelskaufmann und DNVP-Funktionär Gustav Hagen.¹⁷ Ihm an die Seite traten als erster Wortführer einer Nationalsozialistischen Fraktion in der Vollversammlung Erich Sperling, Wilhelm Bormann, der bereits seit 1930 NSDAP Mitglied war, sowie der Einzelhändler Heinrich Lamprecht. Die vier Führungskräfte kamen sämtlich aus Osnabrück. Hagen und Lamprecht vertraten den Groß- bzw. Einzelhandel, Bormann und Sperling repräsentierten den gewerblichen Mittelstand bzw. die Industrie.¹⁸

Von der Interessenvertretung zum Erfüllungsgehilfen

Der neue Präsident Hagen trieb in seiner Antrittsrede die Distanzierung von Republik und Demokratie mit

den Worten „es muss die oberste Aufgabe der Handelskammer sein, das marxistisch-liberalistische Wirtschaftsprinzip der letzten 14 Jahre zu beseitigen“ weiter voran. In dem bei den Vollversammlungen üblichen Sachvortrag sprach im Anschluss Syndikus Manns zur „Deutschen Siedlungspolitik“ über die künftige Bedeutung der Emslanderschließung – wo zeitgleich die ersten Konzentrationslager entstanden¹⁹ –, woraufhin die Vollversammlung den Beschluss fasste, „dass das zum Wirtschaftsgebiet Osnabrück gehörende Emsland als das deutsche Hauptsiedlungsgebiet der Zukunft zu bewerten ist“.²⁰

Innerhalb weniger Wochen hatte die IHK Osnabrück damit eine inhaltliche und politische Kehrtwende vollzogen. Ihre konstruktive Mitarbeit an der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik, deren liberale Ordnungspolitik man durchaus geschätzt hatte, mutierte nun zum Kampf gegen den „Marxismus“ im NS-Staat. Zwar blieb der hauptamtliche Apparat der Kammer noch unverändert, die unternehmerische Führungsmannschaft jedoch bestand nun aus erklärten Sympathisanten des Nationalsozialismus. Dabei übernahm die Kammer jedoch nicht nur die ideologisch vorgegebenen Positionen, sondern erblickte vielmehr auch Chancen in den neuen Rahmungen. Dies zeigt etwa ihr Vorstoß zur politischen Priorisierung der Emslanderschließung, die von der Kammer schon seit einigen Jahren vorangetrieben wurde. Im Taumel der von der NSDAP propagierten „nationalen Revolution“ war das erste Ziel indes bereits erreicht: der Bestand der wirtschaftlichen Selbstverwaltung schien – um diesen Preis – fürs erste gewahrt.

Während die Kammer ihre Existenz durch diese Ein- und Anpassungen sicherte, veränderte sich mit der Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland die Wirtschaftsordnung dramatisch.²¹ Dieser Einschnitt vollzog sich in den Tagen um den 1. Mai 1933 auch in Osnabrück.²² Die Überführung der Arbeitnehmervertretungen in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und die Erfindung der „Betriebsgemeinschaft“ durch die Nationalsozialisten bedeutete eben auch, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer nun in einer gemeinsamen Organisation nach dem „Führerprinzip“ zusammengefasst waren. So marschierten in Osnabrück „Abordnungen industrieller und gewerblicher Betriebe“ sowie die „gesamte Kaufmannschaft“ nebst den „staatlichen und kommunalen Beamten“ am 1. Mai 1933 zu einer von den Nationalsozialisten inszenierten Kundgebung am Klushügel bei Osnabrück auf.²³

Die Kammerspitze
seit Juni 1933:
IHK-Präsident Gustav Hagen (l.) und der
Erste Syndikus der
IHK Dr. Benno Ludwig Manns.



Folgerichtig verwies die IHK ihre Mitglieder in einer Notiz in der Osnabrücker Zeitung vom 28. April auf Teilnahme am Zug in „Gruppe 7“, in der man gemeinsam vom Schlachthof aus losziehen wollte.²⁴

Nach diesen ersten Schritten zur Veränderung des Charakters der unternehmerischen Selbstverwaltung vollzog sich der tiefergehende Umbau der Kammer 1933/34 in einem ununterbrochenen Strom von Maßnahmen. Dazu zählte die Einbindung der Kammer in die Arbeitsbeschaffungspolitik, die von Arbeitgebern – auch unter Androhung von Zwang – die Bereitstellung von Arbeitsplätzen jenseits betriebswirtschaftlicher Überlegungen forderte.²⁵ Es bleibt schwer auszuloten, in welchem Verhältnis zu diesem Zeitpunkt von außen wirkender Druck und die Anpassungsbereitschaft bzw. Überzeugungen zentraler Akteure in der Kammer standen. Zum einen veränderte das Regime die gesetzliche Grundlage der Kammerarbeit mit seinen ordnungspolitischen Eingriffen und gab mit seiner Gleichschaltungsrhetorik entsprechende Signale. Zum anderen verraten die wenigen in den Quellen vorliegenden Äußerungen der Kammerführung keine Hinweise auf Resilienz oder Resistenz gegenüber dieser Indienstnahme.²⁶ Jedenfalls präsentierte Kammerpräsident Hagen in der Vollversammlung am 8. September 1933 ein auf Beschluss der Vollversammlung angeschafftes Portrait Adolf Hitlers, das fortan den Sitzungssaal schmücken sollte. Im Kreise der sich erhebenden Unternehmer bekundete er:

„Dir, Adolf Hitler, geloben wir an dieser Stelle, nur im Blick auf Deutschland und für seine Größe zu arbeiten. Aus dem Munde ernster Wirtschaftler möge dies Gelöbnis besonders bedeutsam und feierlich wirken. Dem Retter aus marxistischer und liberaler Verwirrung ein dreifaches Sieg Heil!“²⁷

Anschließend beschloss man, den „Führer“ sofort telegrafisch von Festakt und Treueschwur zu unterrichten. Jenseits solcher Symbolik offenbart ein Schreiben der Kammer an die Gemeindeverwaltungen ihres Bezirks vom 18. September 1933, wie schnell sie lernte, unter den neuen Möglichkeiten, die sich mit der Gleichschaltung zur Ausweitung des eigenen Einflusses ergaben, praktische Politik zu betreiben. Unverhohlen forderten Gustav Hagen und Benno Manns, bei den Vorschlägen für die nun vorgesehene Ernennung der Stadt- und Gemeindeparlamente die „amtlichen Berufsvertretungen“ mit dem Ziel einer „engeren Zusammenarbeit

zwischen den Gemeindeverwaltungen und den Kammern“ besonders zu berücksichtigen.²⁸

Inzwischen trieb die Kammer den Selbstumbau eifrig weiter voran. So deutete sich Ende 1933 bereits an, dass auch in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft das „Führerprinzip“ eingeführt werden würde. Mit Spannung beobachtete die Osnabrücker Kammer entsprechende Diskussionen in Berlin. Am 6. Februar 1934 unternahm die Vollversammlung der Kammer mit der Einrichtung eines Einzelhandelsausschusses einen weiteren Schritt des Umbaus zu einem Ausführungsorgan des NS-Regimes. Sie folgte damit einer Novelle des preußischen Industrie- und Handelskammergesetzes, das seinerseits eine zentrale Forderung der NSDAP umsetzte.²⁹ Der neue starke Mann der Einzelhandelsvertretung war offenbar Otto Lange, Inhaber der Düngemittel- und Saatguthandlung Lange und Lehnert aus Osnabrück, der in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Einzelhandelsverbandes ständiger Gast der Vollversammlung war. Bereits wenige Monate später, im Mai 1934, avancierte er zum Vizepräsidenten.³⁰ Zwei Wochen darauf traten die Kammerkörperschaften

„Schicksalswende“ auch für Betriebe: Werkszeitungen wie die des Osnabrücker OKD vollziehen den Umbruch nach.



zu einer weiteren Sitzung zusammen. Gleich zu Beginn referierte Syndikus Dr. Benno Manns über das „Führerprinzip“ als Zukunftsmodell für die Kammerorganisation, in der „eine solche Führung lediglich den Grundsätzen und Zielen des nationalsozialistischen Staates zu dienen habe“. Präsident Hagen seinerseits versicherte der Versammlung, dass dadurch die Mitarbeit der Vollversammlung bzw. der Ausschüsse keinesfalls ausgehebelt werden



Im Dienst der Propaganda: Inszenierungen der „Betriebsgemeinschaft“ zum 1. Mai 1933 fanden auch in vielen Unternehmen statt, so etwa bei Felix Schoeller in Osnabrück (r.).

sollten.³¹ Der formale Vollzug dieser Ankündigungen, die in der Praxis schon längst Wirklichkeit geworden waren, folgte im Juni 1934 mit der Veröffentlichung der neuen Satzung der IHK im amtlichen Mitteilungsblatt.³²

Die Kammer bestand nun aus Vorsitzendem und Vorstand, einem Beirat, einer Vertretung des Einzelhandels sowie Ausschüssen und Sonderkommissionen und schließlich der Geschäftsführung. Der Vorsitzende bzw. Präsident wurde auf Vorschlag des Beirats nach Anhörung des Gauleiters zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres vom Reichswirtschaftsminister ernannt. Wo im Tagesgeschäft zuvor zur Beschlussfassung Abstimmungen in der Vollversammlung notwendig waren,³³ regiert nun der Präsident mit dem Recht, „bindende Beschlüsse [...] zu fassen“, die nur noch in besonderen Fragen, etwa Personalien oder Haushaltsangelegenheiten, der Beratung im Vorstand bedurften. Der „Beirat“ – vormals die Hauptversammlung – bestand nun aus maximal 38 Mitgliedern, die der Präsident berief und, nach Rücksprache mit dem Ministerium, entlassen konnte. Eine deutliche Sonderstellung nahm indes, als Novum, die „Einzelhandelsvertretung“ ein, die mit ihrem eigenen Präsidenten zwar „von der Kammer geführt“ und dieser prinzipiell untergeordnet war, allerdings mit ihren Anliegen und Entscheidungen bei Dissens neben die

Auffassungen des Kammerpräsidiums rückte.³⁴ Verkündet und umgesetzt wurde dieses Revirement bei einer „Volltagung“ der IHK, die am 23. August 1934 im großen Saal des Osnabrücker Schlosses unter Teilnahme zahlreicher Gäste aus Verwaltung und Politik inszeniert wurde, darunter nicht nur Regierungspräsident Eggers und Oberbürgermeister Gärtner, sondern auch der Gauinspektor Wehmeyer sowie der Gauwirtschaftsberater Fromm.³⁵

Triumphierend konnte Gustav Hagen die Bestätigung seiner Personalvorschläge verkünden und Vizepräsidenten sowie Beiratsmitglieder in ihre Ämter einsetzen.³⁶ Als einziger Vizepräsident kam Otto Lange als Vorsitzender der Einzelhandelsvertretung zu Wort. Er bestätigte, dass „die Errichtung der amtlichen Einzelhandelsvertretungen den kla-



ren Willen der nationalsozialistischen Regierung zeigt, dem Mittelstand die weitestgehende Förderung anzugedeihen zu lassen“. Im Anschluss jedoch drohte er, dass es die Aufgabe des Einzelhandels sei, „diejenigen Elemente aus ihren Reihen auszumerzen, die das Vertrauen mißbrauchen, das ihnen entgegengebracht wird und die schon im Wettbewerb die erforderliche Zuverlässigkeit vermissen lassen“.³⁷

Als die Kammer ein Jahr später, am 24. September 1935, im Rahmen der „Braunen Woche“ ihren Beirat wieder einmal einberief, erinnerte Präsident Hagen die Versammlung noch einmal daran, dass sich die Verfassung der unternehmerischen Selbstverwaltung grundlegend geändert hatte:

„Die Vollversammlung des Beirats ist heute nach Einführung des Führerprinzips nicht mehr dasselbe wie ehemals. Sie haben heute

nicht mehr die Aufgabe, durch Ihre Beschlüsse die Wege der Kammer und damit der heimischen Wirtschaft zu bestimmen. Das ist heute allein die Aufgabe der Geschäftsführung bzw. des Präsidiums, dafür haben Sie aber die hohe und heilige Verpflichtung bei Ihrer Berufung in den Beirat übernommen, Ihr ganzes Können und Ihren ganzen Einfluss in Ihrem Kreis und in Ihrer Einflussphäre aufzubieten, um den neuen Wegen nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung die Bahn freizumachen“.³⁸

Reibungslos indes schien die Indienstnahme der Wirtschaft für das „Dritte Reich“ nicht immer zu verlaufen. So musste der Kreisleiter bei der Eröffnung der „Braunen Messe“ feststellen, „daß zwei große, wenn nicht die größten Werke unserer engen Heimat ihre Teilnahme völlig versagt haben“.³⁹

Wirtschaftslenkung und Handlanger der „Entjudung“

Mehr und mehr geriet die IHK nun zum Transmissionsriemen für eine NS-Ordnungspolitik, die Freizügigkeit und Marktstrukturen sukzessive aushöhlte bzw. beseitigte: Auf die Einbindung der Kammer in die „Arbeitsbeschaffung“ und den Aufbau der „Betriebsgemeinschaften“ folgten rasch ihre Befassung mit der Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung durch neu gebildete „Überwachungsstellen“, die zur Kontrolle der Unternehmen auf die IHKS zurückgriffen.⁴⁰ Die Kammern wurden damit von der Interessenvertretung zum Überwachungsorgan. Mit diesem Wandel von Bedeutung und Aufgaben expandierte die ehrenamtliche Mitwirkung von Unternehmern in der Umsetzung beträchtlich. Ende 1934 besetzte Präsident Hagen die Ausschüsse neu: Industriausschuss (54), Großhandelsausschuss (29), Einzelhandelsausschuss (40), Verkehrs- und Presseausschuss (7) und Außenhandelsausschuss (26) bestanden nun aus insgesamt 156 Mitgliedern, wobei nicht wenige Unternehmer in mehreren Ausschüssen zugleich vertreten waren.⁴¹

Die Auswirkungen ließen nicht lange auf sich warten. Als die stark expansive Geldpolitik des NS-Staates Preissteigerungen und inflationäre Tendenzen aufscheinen ließ, unterblieb bereits jede volkswirtschaftliche Analyse der Situation.⁴² Preissteigerungen konnten in der Logik des Regimes, dem die Kammer nun folgte, nur Folge von



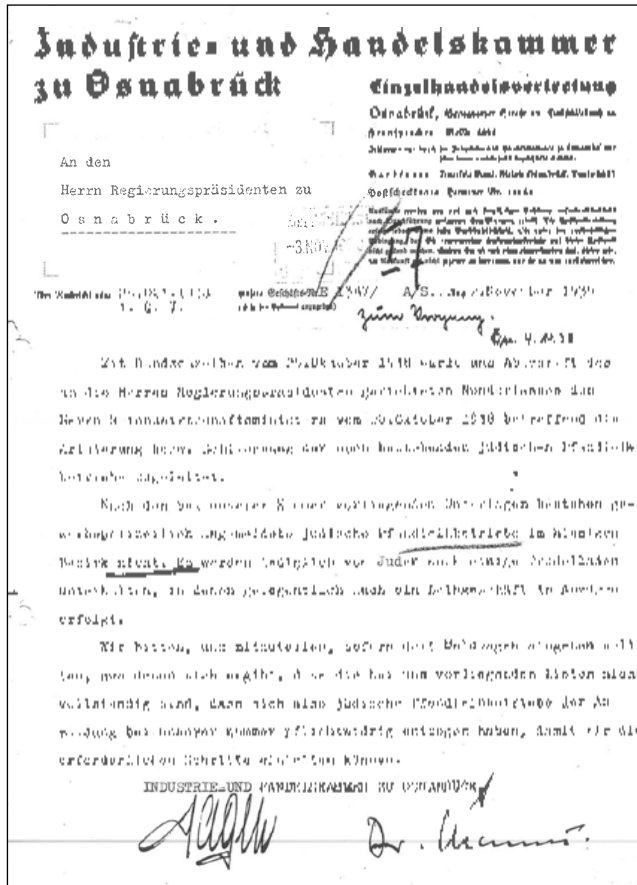
Habgier des Handels sein. Am 9. November 1934 verfasste die IHK ihre „erste Warnung vor Preissteigerungen“. Diese setzte der Regierungspräsident von Osnabrück unmittelbar in einen Erlass um, der drohte „ohne Ansehen der Person gegen jeden vorzugehen, der ungerechtfertigte Preise [...] verlangt“. Auf Versuche von Geschäftsleuten, die schnell ausufernden Preisregulierungen zu umgehen, reagierte die Verwaltung nun mit „rücksichtsloser Schärfe [...] und zwar durch Verhängung von Polizeistrafen, Schließung der Geschäfte oder mit Schutzhaft.“⁴³

Mitte der 1930er Jahre lebte in Deutschland, dem „Dritten Reich“, eine vom Nationalsozialismus durchherrschte Gesellschaft. Sie taumelte in ihrem unglaublich bestaunten wirtschaftlichen Aufschwung nicht allein in Großmachtfantasien, sondern begann immer offener, ihren Hass auf alles „Jüdische“ auszuleben.⁴⁴ Das Jahr 1935 brachte die Wiedereinführung der Wehrpflicht mit sich und damit für Osnabrück einen schnellen Ausbau seiner Garnison, begleitet von neuen Bauvorhaben militärischer Infrastruktur. 1935 traten aber auch die

Ständige Präsenz des Regimes: Osnabrücker SA marschierte zum „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1936.

„DER HERR REGIERUNGSPRÄSIDENT WIRD GEGEN JEDEN, DER UNGERECHTFERTIGT HOHE PREISE FÜR DIE VON IHM VERTRIEBENE WARE VERLANGT, OHNE ANSEHEN DER PERSON SCHONUNGSLOS VORGEHEN.“

IHK-MITTEILUNGSBLATT, 1934



„Entjudung“ der
Wirtschaft:
Die IHK wirkte durch
Gutachten und
Stellungnahmen
aktiv mit.

„Nürnberger Gesetze“ in Kraft und institutionalisierten normativ den schon seit 1933 immer intensiver und immer stärker gewaltsam präsenten Antisemitismus.⁴⁵ Wenig wundert es, dass die IHK nur neun Tage nach der „Verkündung“ der NS-Rassengesetze anlässlich einer Veranstaltung zur Feier des „Parteitags der Freiheit“ am 24. November 1935 diese neue Stufe der Eskalation begrüßte. In seiner Eröffnungsansprache hob Hagen unter anderen drei Punkte hervor, die für Position und Haltung der Kammer standen: Erstens lobte er die „ersten Schritte zur Bereinigung der Judenfrage“ und formulierten den „innigen Wunsch, dass Volk und Vaterland bald ganz frei von dem Zwang dieser Frage sein werden“. Zweitens charakterisierte er die Aufgabe der Kammergremien mit dem Aufruf, „immer wieder mit Begeisterung und Ausdauer für unser neues, unser nationalsozialistisches Vaterland einzutreten und Ihre noch abseits stehenden Freunde von der neuen Staatsidee zu überzeugen“ und bekannte letztlich:

„[W]ir in der Wirtschaft haben erkannt und anerkannt, daß nicht die Wirtschaft das Primäre im Leben der Völker ist, sondern einzig und allein eine gesunde und starke Politik.“⁴⁶

Die diskriminierende und schließlich ruinöse Isolierung von jüdischen Unternehmern war, als der Kammerbeirat die Ausführungen Hagens über die „Bereinigung der Judenfrage“ hörte, längst Realität geworden. Mit ihren Mitgliedsunternehmen und der Führung hatte sich die erdrückende Mehrheit der Geschäftsleute gegen ihre jüdischen Standesgenossen gewandt, hatte die IHK ihre jüdischen Mitglieder veraten.⁴⁷ In Osnabrück unterhielt die Firma Kolkmeier, der Inhaber war Ortsgruppenleiter der NSDAP, einen Schaukasten, in dem Kundinnen und Kunden jüdischer Geschäfte diffamiert wurden. Regelmäßig beherrschten antisemitische Kundgebungen und Aktionen die Einkaufsstraßen der Altstadt.⁴⁸ Bald gingen erste Einzelhandelsgeschäfte bankrott und mussten aufgegeben werden. Schließlich übernahmen bereits 1935 „arische“ Geschäftsleute die Firma Alsberg, das größte Kaufhaus, nach einer in Osnabrück bis dahin beispiellosen Hetz- und Boykottkampagne gegen die jüdischen Eigentümer.⁴⁹

Als der Kammerbeirat an diesem 24. November 1935 tagte, lag eine Großveranstaltung der örtlichen NSDAP unter dem Motto „Osnabrück und die Judenfrage“ gerade einmal vier Wochen zurück. Vier Tage nach Hagens Ansprache erfolgte die Übertragung des Kaufhauses S. Alsberg & Co. an die Firma Lengermann und Trieschmann.⁵⁰ Wie den Besitzern des Kaufhauses Alsberg sollte es allen Unternehmern jüdischer Konfession gehen. Niemandem in der Kammer konnte diese Wendung verborgen bleiben, keine Hand rührte sich in Solidarität mit den Unternehmern, die teils über Jahrzehnte Kammermitglieder und Geschäftspartner gewesen waren. Im Gegenteil, es begann das Rennen um die besten Kaufoptionen.⁵¹

In dem Verfahren, das sich bei der „Entjudung“ der Wirtschaft etablierte, übernahm die IHK unterschiedliche Funktionen.⁵² Bei der sich dabei intensivierenden Zusammenarbeit mit Stellen der Regierung knüpften beide Seiten an den Erfahrungen der vergangenen Jahre an. Es hatte zu den frühen Maßnahmen des NS-Regimes gezählt, in einer Art Besitzstandswahrung den Marktzugang für neue Einzelhändler scharf zu regulieren. Man setzte dabei eine Politik der letzten Präsidialkabinette fort.⁵³ Dabei kam es zunächst zu einem Verbot der freizügigen Einrichtung von Einzelhandelsgeschäften und Verkaufsstellen, begleitet von entsprechenden Prüfverfahren, bei denen die IHK bald regelmäßig zu Gutachten aufgefordert wurde, wodurch der Einfluss der Kammer auf den Einzelhandel beträchtlich zunahm.⁵⁴

Schnell erkannte die Verwaltung den Ansturm auf die Übernahme der „jüdischen Unternehmen“ mit den sich dabei entwickelnden Geschäftspraktiken als einer Überwachung bedürftiges Feld und zog selbstverständlich die IHK zu Begutachtungen und zur Informationsbeschaffung heran.⁵⁵ So wurde es etablierte Praxis, dass Präsidium und Geschäftsführer sich an der verfahrensmäßig beim Regierungspräsidium angesiedelten „Entjudung“ beteiligten. Die Kammer beobachtete die noch verbliebenen „jüdischen“ Geschäfte, führte ausführliche Listen über den Bestand solcher Unternehmen und erteilte interessierten Unternehmen und Verwaltungsstellen fortlaufend Auskunft über den „arischen“ oder „jüdischen“ Charakter von Firmen im Kammerbezirk.⁵⁶

„Arisierungen“ bzw. „Entjudungen“ beschäftigten die IHK über Jahre und spätestens ab 1938 systematisch, als Hermann Göring – der Beauftragte für den Vierjahresplan – dafür Durchführungsrichtlinien erließ.⁵⁷ Bis zu diesem Zeitpunkt, so führt der Jahresbericht von 1938 aus:

„war bei der Übergabe jüdischer Gewerbebetriebe, soweit es um Einzelhandelsgeschäfte ging, von der Kammer zu prüfen, ob den Anträgen stattgegeben werden sollte. Sie hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, dass die Übernahme nur dann befürwortet werden könne, wenn der Einfluss des jüdischen Vorbesitzers in vollem Umfange ausgeschaltet würde. Es wurden insbesondere Pachtverträge über Ladenräume mit einem Vorbesitzer, der gleichzeitig Hauseigentümer war, nicht gebilligt, da eine mittelbare Beteiligung des Hausbesitzers am Geschäftserfolg des in arischen Besitz übergegangenen Einzelhandelsgeschäfts zu vermuten war [...] Durch die jetzt geltenden Bestimmungen ist dieser Standpunkt grundsätzlich für alle Entjudungen festgelegt.

Die Kammer hatte zu verschiedenen Anträgen auf Entjudung bestehender Wirtschaftsbetriebe Stellung zu nehmen [...] Die Bearbeitung erfolgte im Einvernehmen mit dem Gauwirtschaftsberater und dem zuständigen Kreisleiter.“⁵⁸

Zwei Sachverhalte sind an dieser Tätigkeitsbeschreibung von besonderer Bedeutung. Zum einen zeigt sich, dass die IHK vorausseilend eine voll-



ständige Verdrängung jüdischer Geschäftsleute betrieb und dabei keine durch Pachtverträge oder die Einsetzung „arischer“ Geschäftsführer als mögliche Nischen zulassen wollte. Zum anderen offenbart sich der vollzogene Einbau der Kammer in den Arisierungsapparat und ihre enge Kooperation mit Bezirksregierung und Parteidienststellen.

In der Praxis erstreckte sich die Beteiligung der IHK vor allem auf vier Aspekte der Verfahren. Erstens überwachte sie die so genannten „Abwickler“, die als Treuhänder oder Konkursverwalter die „Arisierungen“ begleiteten. Im Kammerbezirk konzentrierte sich dieses Geschäft bei dem Wirtschaftsprüfer Dr. Hans Ludwig. Auch nahm die IHK regelmäßig Stellung zu deren Honoraren.⁵⁹ So teilte die Kammer etwa am 11. Januar 1939 dem Regierungspräsidenten mit, dass man, obwohl die Arisierungsvorschriften dies nicht vorsahen, die durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) erfolgte Beauftragung von Ludwig mit der Liquidation des Vermögens von Leopold Simon, einem Bauholzhändler aus Quakenbrück, befürworte. Es seien „durch das plötzliche Ableben des Juden Leopold Simon sehr unübersichtliche Verhältnisse entstanden, die allein von der überlebenden Witwe nicht geklärt werden können“.⁶⁰ Leopold Simon war am 14. November 1938 im Konzentrationslager Buchenwald von SS-Wachmännern erschlagen worden.⁶¹ Am 5. September 1939 sprach sich die IHK abschließend dafür aus, dem „Abwickler“ wegen seines hohen Aufwandes bei der „Arisierung“ der

Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 1938: Er bilanzierte die Mitwirkung der Kammer an der „Entjudung“ der Wirtschaft.



In neuem Design: Ehrenurkunden für langjährige Betriebszugehörigkeit griffen NS-Symbole auf.

Holzgroßhandlung Simon einen Zuschlag zu seinem Honorar zu gewähren.⁶²

Zweitens führte die IHK das „Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe“ und vervollständigte fortlaufend dieses Register, beobachtete den tatsächlichen Betrieb oder die Aufgabe von Geschäften und protokollierte, in welche Hände diese im Zuge der „Entjudung“ übergingen.⁶³ Dabei vertrat die Kammer die Auffassung, dass Ausnahmen von der Eintragung im Verzeichnis keinesfalls zulässig seien. Damit wehrte sie etwa die Beschwerde von Max Krause ab, dem Inhaber der Firma L. Bloch in der Johannisstraße 82 in Osnabrück, der empört darauf hingewiesen hatte, dass er den Ersten Weltkrieg als „Frontkämpfer“ mitgemacht hatte. Dies, so die Kammer, sei „angesichts des Umstandes, dass der Inhaber der Firma L. Bloch Volljude ist, für die Eintragung in das Verzeichnis ohne Bedeutung.“⁶⁴

Stand, drittens, die „Entjudung“ einer Unternehmung an, beurteilte ein Sachbearbeiter der Kammer, ob eine Fortführung im „volkswirtschaftlichen Interesse“ lag und genehmigte eine Übernahme oder verfügte die Liquidation nach Verkauf der Vermögenswerte.⁶⁵ Dabei musste man, viertens, immer wieder in Streitfällen eingreifen, wenn etwa an einer „Arisierung“ interessierte Geschäftsleute einen Betrieb weiterführen wollten, der von Kammer und NSDAP-Wirtschaftsberater zur Schließung vorgesehen war.⁶⁶

Die Kammer am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

Angesichts solcher Aufgaben ermöglicht ein Blick auf die Funktionäre, die Aufstellung der IHK kurz vor dem Zweiten Weltkrieg besser zu verstehen.

Fünf Jahre nach Beginn der NS-Herrschaft kümmerten sie sich – wie im Jahresbericht von 1938 ausgeführt – um traditionell zentrale Handlungsfelder der unternehmerischen Selbstverwaltung wie Aus- und Weiterbildung, Infrastruktur oder Raumplanung. Sie unterrichteten routinemäßig die Unternehmer des Kammerbezirkes über die schnell ausufernden Regulierungsmaßnahmen. Sie waren aber auch als zunehmend mächtiges Ausführungsorgan eingebunden in die Verwaltungswirtschaft des „Dritten Reiches“ und halfen, Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung ebenso umzusetzen, wie die Festsetzung von Preisen. Die IHK war Teil eines Apparates geworden, der den freien Markt sukzessive ausschaltete. Die Geschäftsführer und das Präsidium der Kammer nutzten dabei jede Gelegenheit, um die Unternehmerschaft propagandistisch auf die Leitlinien dieser NS-Wirtschaftspolitik einzuschwören und die Rasseideologie auch in der Wirtschaft durchzusetzen.⁶⁷

An der Spitze der Kammer stand weiterhin der „Großkaufmann“ Gustav Hagen. Er war zweifellos politischer Wortführer derjenigen, welche die Industrie- und Handelskammer willfährig – und verbunden mit beträchtlichem persönlichem Machtgewinn – im Sinne des Nationalsozialismus umgestalteten. Seit Einführung des „Führerprinzips“ genoss Hagen, in enger Zusammenarbeit mit Regierungspräsidium und Parteidienststellen, allerdings auch in Abhängigkeit vom Reichswirtschaftsministerium, ein großes Maß an Entscheidungsfreiheit.⁶⁸ Er hatte sich früh für das „Dritte Reich“ entschieden und trat 1941 schließlich auch der NSDAP bei.

Ihm zur Seite standen 1938 drei Vizepräsidenten: Ernst Hegels als Repräsentant der Industrie, der Vertreter des Einzelhandels Otto Lange sowie, seit 1937, als Repräsentant des gewerblichen Mittelstandes, Carl Winterhoff. Während alle Vizepräsidenten, so weisen es ihre Entnazifizierungsakten aus, in unterschiedlichen Schattierungen „den Nationalsozialismus unterstützt“ hatten,⁶⁹ war mit Winterhoff ein aktiver Nationalsozialist in die Kammerführung aufgerückt. Er betrieb als Teilhaber seines Vaters in Osnabrück eine Schneiderei und Uniformfabrik, gehörte seit 1929 zur NSDAP und war 1932 in die Allgemeine-SS aufgenommen worden. In dieser blieb er während der 1930er Jahre durch Wehrübungen und Lehrgänge aktiv und stieg schließlich zum SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) auf. Parallel fungierte er seit 1938 als Beisitzer des NSDAP-Kreisgerichts in Osnabrück.⁷⁰

Geboren im Jahr 1909 war Winterhoff bei Kriegsbeginn 1939 noch nicht zu alt für den Einsatz. Er trat am 10. November 1940 seinen Dienst bei der „Volksdeutschen Mittelstelle“ an, die mit der „Umsiedlung“ von „Volksdeutschen“ befasst war. Später gelangte er zum Sonderkommando R einer Einsatzgruppe dieser Behörde, das in der Ukraine unter anderem Einheiten des „Selbstschutzes“ befehligte. Dort fungierte Winterhoff offenbar als „Verbindungsführer“ zur Wehrmacht. Über sein weiteres Schicksal im Krieg ist wenig bekannt, Winterhoff wurde im September 1944 im Einsatz getötet.⁷¹

Sein Vorstandskollege Dr. Wilhelm Ernst Hegels, ein Jurist Jahrgang 1898, der ursprünglich aus Mühlheim an der Ruhr stammte und Mitte der 1930er Jahre als Direktor zur Hammersen AG nach Osnabrück gekommen war, bewegte sich dagegen in einer gewissen Distanz zum Nationalsozialismus, obgleich auch er zwischen 1933 und 1939 (förderndes) Mitglied der Allgemeinen-SS war und von 1937 bis 1939 der NSDAP angehörte. Hegels saß seit 1934 im Beirat der IHK, rückte 1937 ins Präsidium auf, dem er bis 1942 angehörte, bevor er mit der Umwandlung der IHK in eine Abteilung der Gauwirtschaftskammer Weser-Ems ausschied.

Aus seinen Aussagen während des Entnazifizierungsverfahrens spricht die Ambivalenz der Selbstpositionierung zwischen Anpassung, Zurückhaltung und Überzeugung: Hegels gab an, als Anhänger der Deutschen Volkspartei⁷² anfänglich dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber gestanden zu haben. Dann aber hätten ihn die Erfolge des Regimes überzeugt. Als protestantischer Christ sei er bei seiner Annäherung an das „Dritte Reich“ kirchlichen Würdenträgern gefolgt, in der Hoffnung, die NSDAP ließe ihre radikalen Ziele fallen.⁷³ Schließlich nutzte Hegels seine Einberufung zum Wehrdienst dazu, aus allen NS-Organisationen auszutreten.⁷⁴

Hauptamtlich als Syndici – Geschäftsführer – waren 1938 nach einigen personellen Umbesetzungen Benno L. Manns, Hans Eckert, Gustav Werfft, Ewald Brix und Hermann Amtrup tätig. Während das Präsidium zu diesem Zeitpunkt als durchweg politisch besetzt gelten kann, ist das Bild auf dieser Ebene etwas ambivalenter. Der erste Syndikus Manns hatte bereits 1924 begonnen, für die Kammer zu arbeiten, sein Stellvertreter Gustav Werfft sogar schon seit 1921. Eckert, Brix und Amtrup kamen indes erst nach der „Machtergreifung“ zur Kammer.⁷⁵ In diesem Ensemble spiegelt sich die

Ansprache unter „Führerportrait“: IHK-Syndikus Manns sprach 1941 zum 75jährigen Bestehen der Kammer im geschmückten IHK-Saal.



Bandbreite von Selbstpositionierung und Anpassung an das NS-System, in dessen Dienst sich gleichwohl alle Geschäftsführer stellten. Die älteren Geschäftsführer, die dem eher konservativen politischen Spektrum angehörten, scheinen sich, soweit die Akten eine Rekonstruktion zulassen, in die neuen Rahmungen eingepasst zu haben. So suchte etwa der offenbar sehr belesene Benno Manns, der sich in seinen Ausführungen in der Kammeröffentlichkeit meist auf kammerspezifische Themen

„SOLCHE UNTERNEHMEN, DIE IM AUSLAND NOCH JÜDISCHE VERTRETER HABEN, SOLLEN MIT ZIELBEWUSSTSEIN DAZU ÜBERGEHEN, ARISCHE VERTRETER ZU BESCHÄFTIGEN.“

DR. BENNO MANNS, 1939

konzentrierte und diese mit großer Sachkunde und stets bemüht um historische Bezüge darlegte, immer wieder Anschluss an den antisemitischen Impetus des Regimes.

So forderte er 1939 etwa, dass „solche Unternehmer, die im Ausland noch jüdische Vertreter haben, mit Zielbewußtheit dazu übergehen [sollen], arische Vertreter zu beschäftigen“, und sprach auch davon, dass „nie und nimmer ein jüdischer Vertreter für die Belange einer deutschen Volkswirtschaft arbeiten wird.“⁷⁶ Schließlich zeichnete Manns gemeinsam mit Hagen die Mehrzahl der in „Entjudungsverfahren“ von der Kammer erstellten Gutachten und Stellungnahmen ab.⁷⁷ 1943 avancierte er als Geschäftsführer an die Spitze der Abteilung Osnabrück der Gauwirtschaftskammer und verblieb in dieser Position bis Kriegsende.⁷⁸

Die für die Einzelhandelsorganisation nachrückenden Geschäftsführer können dagegen als überzeugte Nationalsozialisten gelten.⁷⁹ Der 1898 in Pinneberg geborene Hermann Amtrup hatte zu Beginn der 1930er Jahre als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des Groß- und Einzelhandels in Osnabrück gearbeitet. Er trat im Mai 1933 in die NSDAP ein, übernahm das Amt des Kreiswirtschaftsberaters der Partei und agierte in dieser Funktion später aus seinem Büro bei der IHK. Zeitgleich begann Amtrup seine Tätigkeit als IHK-Geschäftsführer im Bereich der Einzelhandelsvertretung, in der er nach dem Wechsel in die Geschäftsführung der Abteilung Handel der Gauwirtschaftskammer bis 1945 verblieb, unterbrochen einzig durch einen kurzen Einsatz als Kriegsverwaltungsrat bei einem Wirtschaftskommando bei Rostow. Im Entnazifizierungsver-

fahren, das Amtrup Ende der 1940er Jahre durchlief, traten mehrere Zeugen auf, die ihn schwer belasteten. So gab etwa Georg Hartmann, Inhaber der Textilfabrik Wehrmeyer aus Bremen, zu Protokoll, Amtrup habe die Fortsetzung seines Betriebs von der Bedingung abhängig gemacht, dass er sich von seiner jüdischen Ehefrau trenne. Hartmann erkannte im Kammersyndikus den „Prototyp des Nationalsozialisten“. In ähnlicher Weise berichtete Otto David, Inhaber der Firma Samson David aus Osnabrück, wie Amtrup nach der „Machtübernahme“ seinen Antisemitismus gegenüber jüdischen Geschäftsleuten auszuleben begann und ihn in immer schärferen Formen während der späteren „Arisierung“ des Unternehmens zeigte.⁸⁰

Zugleich war es aber durchaus möglich, dass Geschäftsführer mit deutlicher Nähe zum Nationalsozialismus eng mit solchen zusammenarbeiteten, die ein eher distanziertes Verhältnis zum „Dritten Reich“ erkennen ließen.⁸¹ Zu diesen zählte Dr. Hans Eckert. Der 1901 in Essen geborene Jurist wechselte 1937 aus einer Stellung bei der IHK Wuppertal nach Osnabrück. Auch er – als eigentlicher Sympathisant der katholischen Zentrumsparterie – hatte 1933, nicht untypisch, den NSDAP-Beitritt als Strategie gewählt, um den Personalwechsel in der IHK nach der „Machtergreifung“ zu überstehen. Dies hielt ihn nicht davon ab, sich in seinem Entnazifizierungsverfahren selbst als „der Naziideologie ablehnend gegenüberstehend“ darzustellen, was er dadurch belegte, dass er den HJ-Beitritt seiner Söhne ebenso vermieden hatte wie die Übernahme von Parteiämtern. Allerdings fungierte er auch als Geschäftsführer der Kammer vom Höhepunkt der „Entjudung“ bis zum Zusammenbruch der Kriegswirtschaft und des „Dritten Reiches“, jedoch offenbar ohne unmittelbar mit „Arisierungen“ befasst zu sein. Eckert konnte schließlich mit Billigung der britischen Besatzungsbehörden gemeinsam mit seinem Kollegen Werfft⁸² unter dem neuen Liquidator und späteren Hauptgeschäftsführer Peter Flecken im Amt bleiben und den Neuaufbau der IHK nach der Befreiung beginnen.⁸³

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Lothar Knake, der noch 1943 in die Geschäftsführung der Kammer nachrückte, die bereits als Abteilung in der Gauwirtschaftskammer Weser-Ems aufgegangen war. Knake, 1887 in Nordhausen/Harz geboren und seit 1920 in Osnabrück ansässig, war dort zunächst als Geschäftsführer des Verbandes industrieller Arbeitgeber, sowie später als selbständiger Wirtschaftsbe-

rater in der Geschäftsführung der Osnabrücker Zweigstellen verschiedener Branchenverbände tätig gewesen. In Institutionen des NS-Staates gelang es ihm wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ trotz mehrerer Versuche noch bis in den Krieg hinein nicht, beruflich Fuß zu fassen. Dabei war Knake als Mitglied des „Stahlhelm“ durchaus dem völkisch-antidemokratischen bzw. antisemitischen Spektrum zuzurechnen. Zwischen ihm und den Osnabrücker Nationalsozialisten herrschten gleichwohl Spannungen.⁸⁴

Bereits dieser kursorische Blick, der die biografischen Recherchen nicht in alle Verästelungen führen kann und sich auf eine Auswahl des ehren- und hauptamtlichen Führungspersonals der IHK beschränken muss, offenbart ein vielschichtiges Bild. Einer mächtigen Gruppe von Akteuren, die sich deutlich in Worten und Taten mit dem NS-Regime identifizierten – überzeugten Nationalsozialisten wie Hagen, Westerhoff, Amtrup oder Bormann – standen Geschäftsführer zur Seite wie Manns, der seinen Weg ins „Dritte Reich“ gefunden hatte. Als Funktionär trug er sowohl den Einbau der Kammer in die Verwaltungswirtschaft des NS-Staates als auch die zunächst rassistische, dann exterminatorische Politik gegenüber deutsch-jüdischen Geschäftsleuten nicht nur mit, sondern setzte sie aktiv um. In der Kammer hatten zumindest zeitweise aber auch Geschäftsführer Platz, die sich zwar anpassten, jedoch nicht als überzeugte Nationalsozialisten gelten können. Als Fachleute, wickelten sie vor allem das administrative Tagesgeschäft ab und konnten offenbar mit diesem und der es umgebenden Verfolgung koexistieren.

Die IHK im „Totalen Krieg“

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, während die zunehmend aggressive deutsche Außenpolitik immer neue Erfolge hervorzubringen schien, betrachtete das Präsidium der IHK die Überformung der Wirtschaft offenbar als weitgehend abge-



schlossen. Fast schon triumphierend tönte Hagen im Mai 1939 in der Beiratssitzung:

„Das Primäre ist das Volk, unter politischer Führung baut die Wirtschaft die Erfolge, welche auf politischem Gebiet erreicht sind, aus. Die Belange der Wirtschaft sind in jeder Beziehung sekundär. Wenn früher diese Erkenntnis nicht überall gleich schnell kam, so hat das vergangene Jahr mit alten Anschauungen aufgeräumt, und heute können wir mit Befriedigung feststellen, dass die Wirtschaft sich in vorbildlicher Weise auf nationalsozialistisches Denken und Handeln eingestellt hat. So sehr diese Umstellung schon früher erwünscht gewesen wäre, so muss man feststellen, dass sie nicht ganz leicht war. Hindernisse über Hindernisse wirtschaftlicher Art sperrten den Weg. [...]

Die Schwierigkeiten sind überwunden; das ist ja das Bemerkenswerte des letzten Berichtjahres, und damit hat die Wirtschaft einen Teil des Dankes an den Führer abgetragen, den sie in so hohem Maße schuldet und voll Bewunderung anerkennt. Von diesem Gedanken des Dankes und der großen Ehrfurcht vor dem Können und den gewaltigen Leistungen des Führers war auch das Telegramm getragen, welches ich mir in Ihrem Namen erlaubte, am 20. April 1939 an den Führer zu richten.“⁸⁵

Bombenkrieg
in Osnabrück:
Die IHK war mit
der Regulierung der
Kriegsschäden von
Unternehmen befasst.



„Arbeitseinsatz“:
Die IHK organisierte die Vermittlung von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen mit, hier im Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk (OKD).

Zugleich schien der Präsident die Kammer bereits auf den kommenden Krieg einzuschwören:

„All unser Denken müssen wir darauf einstellen, den Frieden zu erhalten, indem wir unser Volk und unsre Wirtschaft für den Krieg stark machen. Nicht nur unser Menschenmaterial muss körperlich und weltanschaulich vorbildlich sein, sondern unsere Betriebe müssen bereit sein, im Ernstfalle Leistungen zu vollbringen, welche nicht, wie im Weltkrieg, in Kriegsgewinne ausarten, sondern die Staatsführung in den Stand setzen, anmaßenden Angriffen siegreich zu begegnen.

Sowie die Menschen auf die nationalsozialistische Weltanschauung ausgerichtet werden, muss auch die Wirtschaft restlos in dem Gedanken an die Aufopferung für Volk und Führer aufgehen. Auf dem Weg dazu befinden wir uns. Sorgen wir auch dafür, dass wir dieses Ziel ganz erreichen. In diesem Sinne wünsche ich die Arbeit der Kammer aufgefasst zu sehen, und von Ihnen, meine Herren des Beirats, verlange ich, dass Sie in der Wirtschaft mit allen Ihren Kräften als Vorbild vorangehen.“⁸⁶

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen, erreichte 1940 mit Angriffen einer scheinbar nicht aufzuhaltenden Wehrmacht auf Frankreich und die Beneluxstaaten und wenig später mit der deutschen Expansion in Skandinavien, auf dem Balkan und nach Griechenland einen ersten Höhepunkt. Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 eröffnete schließlich seine radikalste Phase. Der Vernichtungskrieg hatte begonnen. Als



knapp vier Jahre später, im April 1945, britische Truppen Osnabrück befreiten und wenige Wochen darauf das Deutsche Reich bedingungslos kapituliert, waren Millionen Menschen Opfer des Holocaust und mörderischer deutscher Besatzungsherrschaft bzw. Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik geworden, Millionen Soldaten hatten sich auf den Schlachtfeldern gegenseitig umgebracht. Weite Teile des unter deutsche Herrschaft gelangten Europas waren zerstört und auch Deutschland selbst war, während die Deutschen bis zuletzt für ihren „Führer“ gekämpft hatten, in Trümmern versunken.⁸⁷

Der Krieg brachte, mit den anfänglichen, eigentlich für unmöglich gehaltenen Erfolgen des „Dritten Reiches“ zunächst Euphorie mit sich. Während immer mehr Soldaten eingezogen wurden, darunter auch Mitglieder des Kammerpersonals, lief die wirtschaftliche Kriegsmaschine rasch an. Man war gut vorbereitet: Preisbildung, Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung sowie Rationierungs- und Zuteilungssysteme waren etabliert. Datenerhebungen über Struktur und Leistungsfähigkeit von Betrieben sowie über das verfügbare Arbeitskräftepotenzial, das auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen inzwischen – ebenso wie das Anlagekapital von Betrieben – je nach „Kriegswichtigkeit“ beansprucht und verschoben werden konnte, waren eingeführt. Die IHK setzte die dafür notwendige Durchherrschaft der Wirtschaft während der 1930er Jahre an entscheidender Stelle mit durch.⁸⁸

Im Licht der ersten Siege und der gewaltigen territorialen Expansion schienen sich überall neue Möglichkeiten aufzutun, etwa durch unternehmerische Initiative in den besetzten Gebieten oder aber durch die Neufassung der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Kammer wurde dabei zur Infor-

mations- und Kontaktstelle, die zwischen dem neu erworbenen „Lebensraum“ und den Firmen der Region vermittelte. So unterrichtete sie etwa im Oktober 1941 ihre Mitglieder darüber, dass in Warschau eine „Transferstelle“ eingerichtet worden war. Diese sollte es deutschen Firmen ermöglichen, die ghettoisierte jüdische Bevölkerung als Arbeitskräfte auszunutzen. Dabei war von einem „geschlossenen jüdischen Wohnbezirk in Warschau“ die Rede, „in dem sich rund 300 000 Juden befinden“. Die Kammer fungierte dabei als Auskunftsstelle für Unternehmer, die unter diesen Bedingungen in Warschau tätig werden wollten.⁸⁹ Mit ähnlichem Impetus verwies die Kammer im Mai des gleichen Jahres auf die Verordnungen des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete über die Regularien bei der „Entjudung“ von Betrieben und betonte, dass die Verordnung bei der IHK eingesehen werden könne.⁹⁰

So musste es den nun besetzten Nachbarn wie Hohn vorkommen, als Benno Manns vor der „deutsch-

niederländischen Arbeitsgemeinschaft für die Provinz Twente und die angrenzenden deutschen Gebiete“ als Gast der „Kammer van Koophandel en Fabrieken“ in Hengelo über die „deutsch-holländischen Wirtschaftsbeziehungen“ referierte, die „europäischen Absichten“ des „Dritten Reiches“ hervorhob und die Niederlande dafür rügte, so lange gezögert zu haben, sich der „europäischen Volksgemeinschaft anzuschließen.“⁹¹

Der Arbeitseinsatz, zunächst durch Kriegsgefangene und angeworbene Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten im Westen, dann durch den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Polen und der Sowjetunion sowie schließlich durch Arbeitskommandos aus Konzentrationslagern, wurde im Kammerbezirk nun ebenfalls zum Alltag.⁹² Die erhaltenen Akten erhellen die Rolle der IHK kaum, die vermittelnd zwischen Arbeitseinsatzverwaltung und Betrieben aufgetreten sein wird.⁹³ Sehr wohl aber zeigen die Mitteilungsblätter der Kammer die Routine, mit der man auch dieses Handlungsfeld zwischen dem „Arbeitseinsatz



Neuer Zuschnitt:
1943 wurde die IHK als „Wirtschaftskammer Osnabrück“ in die Gauwirtschaftskammer Weser-Ems eingegliedert.

der Juden“, der „Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften“ und der Sozialversicherungspflicht von „Juden“ oder „Polen“ routiniert betreute.⁹⁴

Bis Kriegsende blieben die IHKs, ähnlich wie bei anderen wirtschaftslenkenden Maßnahmen, als Ansprechpartner der Arbeitsverwaltung in die Bedarfsermittlung und die Zuteilung der knappen Ressource „Arbeitskraft“, insbesondere im Rahmen des „Ausländereinsatzes“, eingebunden.⁹⁵

Existenzkampf? Der Weg in die Gauwirtschaftskammer

Zugleich aber schien die IHK, wie alle regionalen Organe der unternehmerischen Selbstverwaltung, einer existenziellen Krise entgegen zu steuern. Es drohte ihre Auflösung. Der vom Regime seit den 1930er Jahren verfolgte Plan einer administrativen Neuordnung des Deutschen Reiches, bei dem sich militärische, ökonomische und politische Gebietsgliederungen schließlich mit den Grenzen der „Gau“ der NSDAP decken sollten, gewann während des Krieges noch einmal beträchtlich an Dynamik.⁹⁶ Als am 9. Dezember 1941 die IHK im Sitzungssaal des Kammergebäudes „den Tag ihres 75jährigen Bestehens“ beging, gab Präsident Hagen in seiner Rede

„DIE AUSFÜHRUNGEN DES PRÄSIDENTEN KLANGEN AUS IN DEM GELÖBNIS ZU GRÖSSTER EINSATZBEREITSCHAFT IM DIENSTE DER IDEALE UNSERER NATIONALSOZIALISTISCHEN ZEIT.“

IHK-MITTEILUNGSBLATT, 1941

„einen kurzen, selbstvergewissernden Überblick über die Geschichte der Kammer, um mit einem Bekenntnis „zu größter Einsatzbereitschaft im Dienste der Ideale unserer nationalsozialistischen Zeit“ zu enden.“⁹⁷ Im Hintergrund bahnte sich aber bereits die Kammerreform an, die vor Ort auf wenig Gegenliebe stieß. Geplant war, wie 1942 deutlich wurde,⁹⁸ die Einrichtung von Gauwirtschaftskammern als Organe „staatlicher Wirtschaftslenkung“. Der Zuschnitt der Bezirke sollte dabei nicht nur politische und wirtschaftliche Grenzen in Übereinstimmung bringen, zugleich sollten auch alle Branchen und Sektoren in einer Institution zusammengefasst werden. Dabei sollten die IHKs zu „Zweigstellen“ mit begrenzten Aufgaben und Kompetenzen umfunktionierte werden.⁹⁹

Durch diesen Prozess sah sich die Osnabrücker Kammer bedroht. Die Teilgebiete ihres Bezirks gehörten zu ganz unterschiedlichen Verwaltungsgliederungen, sodass der Kammerbezirk in seiner Einheit unmittelbar gefährdet schien. Schließlich reichte der Kammerbezirk über den Regierungsbezirk hinaus: Der Amtsgerichtsbezirk Diepholz gehörte zum Gau Süd-Hannover-Braunschweig, der Kreis Tecklenburg zählte zum Gau Westfalen-Nord. Damit manifestierte sich die bereits weiter zurückreichende gespaltene Bindung der Region an Westfalen einerseits, Hannover andererseits auch in diesem Konflikt und schien nun Potenzial zu bergen, den Kammerbezirk auseinanderzureißen.¹⁰⁰

Rasch nach den ersten Erlassen zur Formierung der Gauwirtschaftskammern im April 1942 reagierten die Osnabrücker Akteure konzentriert: Kaum eine Woche nach den Verordnungen, wandte sich Oberbürgermeister Gärtner am 28. April an Gauleiter Röver, um mit Hinweis auf die Besonderheiten des Kammerbezirks und die Überlagerung von politischen Grenzen und ökonomischen Zusammenhängen für dessen Erhalt zu plädieren.¹⁰¹ Am 6. Mai wiederholte der Oberbürgermeister sein Anliegen in einem ähnlichen Schreiben an den Regierungspräsidenten, während nahezu zeitgleich Präsident Hagen mit einem entsprechenden Schriftsatz an den Gauinspekteur Wehmeier herantrat.¹⁰² Am 14. Mai argumentierte der Regierungspräsident in einem auf diese Korrespondenz gestützten Schreiben an die Gauleitung im Sinne der IHK ebenfalls gegen die Abtrennung des Kreises Tecklenburg vom Kammerbezirk, die aus der Anpassung der Grenzen an die Gaugrenzen folgen musste.¹⁰³ In einer Eingabe an die Gauleitung, die in Kopie dem Regierungspräsidenten zuzuging, warb Gustav Hagen seinerseits mit Blick auf die komplexe Struktur und die wirtschaftliche Bedeutung der Region im Juli 1942 erneut dafür, Osnabrück eine eigene Wirtschaftskammer zu belassen. Er forderte gar, den Sitz der Gauwirtschaftskammer nach Osnabrück zu verlegen und verwies darauf, dass die Interessen der Region aus Sicht der heimischen Wirtschaft kaum aus Hannover, Oldenburg oder Bremen zu vertreten wären.¹⁰⁴

Gleichzeitig arbeitete die Kammerführung durch Vorlage von Personalvorschlägen, Geschäftsverteilungsplänen und anderen Informationen, die im Zuge der Vorbereitung der Umstellung angefordert wurden, daran, sich in die neue Struktur einzupassen.¹⁰⁵ Wie überall im „Reich“ ließ sich die Integra-

tion der IHK in die Struktur der Gauwirtschaftskammern nicht verhindern, wohl aber gestalten. Am 21. Dezember 1942 fertigte das Reichswirtschaftsministerium auf einem Vordruck auch für die IHK die Auflösungsverfügung aus und stellte diese Gustav Hagen mit der Bitte zu, den Mitarbeitern in Haupt- und Ehrenamt für ihre Dienste zu danken. In der gleichen Verfügung wurden Präsident, Vizepräsidenten sowie alle übrigen Ehrenamtlichen aus ihren Ämtern abberufen.¹⁰⁶ Mit Ablauf des 31. Dezember hörte die IHK zu Osnabrück auf zu bestehen. An ihre Stelle trat die Wirtschaftskammer Osnabrück, die den Regierungsbezirk Osnabrück ohne Papenburg abdeckte.¹⁰⁷ Diese vereinigte nun die IHK mit der Handwerkskammer¹⁰⁸ unter einem Präsidenten, der sich auf ein vom Reichswirtschaftsminister zu ernennendes Präsidium stützte. In diesem mussten Handel, Handwerk, Industrie und Gewerbe vertreten sein. Daneben trat als weiteres, weitgehend machtloses Gremium, ein bis zu 40köpfiger Beirat.¹⁰⁹

Tatsächlich rückte jedoch mit Gustav Hagen als Präsident der Wirtschaftskammer Osnabrück und Leo Manns als dessen Geschäftsführer die Führungsmannschaft der IHK an die Spitze von Handwerk, Handel und Gewerbe.¹¹⁰ Die Vizepräsidentschaften wurden allerdings neu besetzt. Ernannt wurden nun Hermann Verbeck als Vertreter des Handwerks,¹¹¹ der zugleich stellvertretender Gauhandwerksmeister war, sowie Dr. Ulrich Raydt, Direktor der Osnabrücker Kupfer- und Drahtfabrik AG, als Vertreter der Industrie, mit dem gleichzeitig Lothar Knake in die Geschäftsführung übernommen wurde. Neu hinzu kam auch Eduard Petersilie, Inhaber des Hotels Germania in Osnabrück und Träger des „Goldenen Parteiabzeichens“ der NSDAP.¹¹² Allein Carl Winterhoff blieb neben Hagen in seinem Amt, obgleich er sich 1943 bereits nicht mehr in Osnabrück, sondern im Kriegseinsatz befand. Er galt als „Mittelsmann zu der Kleinindustrie und zur SS“.¹¹³

Der Betrieb der IHK lief jenseits dieser formalen Reorganisation weitgehend unverändert weiter. Die Wirtschaftskammer Osnabrück bestand aus einer Abteilung für Industrie, einer für den Handel sowie einer dritten für das Handwerk und führte ihre Dezernate nach den bereits zuvor festgelegten Zuständigkeiten fort.¹¹⁴ Im alten Kammergebäude blieben zahlreiche Stellen der Handelsabteilung bestehen, so das Dezernat für Steuern, Preisbildung und Wirtschaftsrecht unter Dr. Hans Eckert,

das Dezernat für Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung sowie Außenhandel, öffentliche Aufträge und Güterverkehr unter Dr. Werfft, das Dezernat für Berufsausbildung, Leistungssteigerungen und die Lehrlingsrolle unter Dr. Neuhaus sowie das Dezernat für Wehrwirtschaft, Kräftebedarf und Energiewirtschaft unter Werner Weinreich. Die Industrieabteilung firmierte nun in der Bohmter Straße 11, während die Handwerksabteilung am Standort der Handwerkskammer in der Möserstraße 20 verblieb.¹¹⁵ Allerdings veränderten sich Positionen und Beziehungen durch die Neuordnung der Wirtschaftskammern merklich. Denn während die Osnabrücker Akteure aus der Wirtschaftskammer nun versuchten, ihre regionalen Zuständigkeiten in Konkurrenz zur Gauwirtschaftskammer zu sichern, konnte die in Bremen angesiedelte vorgesetzte Stelle in die Osnabrücker Verhältnisse hineinregieren.¹¹⁶

Ende des Weltkriegs und Befreiung 1945

Als am 31. Januar 1944 die Hauptausschusssitzung der Handwerksabteilung der Wirtschaftskammer Osnabrück im Hotel Tepe in Bad Rothenfelde begann, konnten die schon rhetorisch gewordenen Bekenntnisse zu Auftrag und „Führer“ die Realitäten des Kriegs kaum noch überdecken. Als Hauptaufgabe erachteten die Funktionäre des Handwerks dabei sowohl das Gedenken an die „Gefallenen“ als auch die Beseitigung von „Fliegerschäden“ in dem von alliierten Bomberverbänden bereits mehrfach angegriffenen Osnabrück.¹¹⁷ Auch an der Arbeit der Wirtschaftskammer lässt sich bereits zu diesem Zeitpunkt das herannahende Ende des „Dritten Reiches“ ablesen. Die letzten Ausgaben des „Mittelungsblattes“ schildern Improvisation aufgrund der immer stärkeren Störung der Kriegsproduktion durch den Bombenkrieg der Alliierten und die zunehmende Verknappung von Rohstoffen. Die Kammer selbst versuchte, bürokratische Abläufe zu vereinfachen, um überhaupt arbeitsfähig zu bleiben, rudimentäre Formen beruflicher Aus- und Weiterbildung im „totalen Krieg“ aufrecht zu erhalten, und Ähnliches mehr, bevor auch hier die Überlieferung abreißt.¹¹⁸

Erkenntnisse

Der diesem Beitrag gesetzte Rahmen hat es nicht erlaubt, die Geschichte der IHK im „Dritten Reich“

erschöpfend zu behandeln oder diese systematisch mit einer allgemeinen Wirtschaftsgeschichte des Kammerbezirks zu verbinden. Stattdessen hat eine Fokussierung auf die Kammer als Institution und auf Akteure Grundlinien ihrer Entwicklung aufgezeigt. Die Befunde verdeutlichen, dass dieser Anfang nach weiterer Grundlagenforschung ruft.

Wir haben die IHK auf ihrem Weg ins „Dritte Reich“ beobachtet, gesehen, wie teils willfähige und anpassungsbereite Personen, teils überzeugte Nationalsozialisten ihre Geschicke übernommen haben, wie sich die zentrale Organisation unternehmerischer Selbstverwaltung in einer Mischung aus Indienstnahme durch übergeordnete Stellen und eigenständiger An- und Einpassung in den Wirtschaftslenkungsapparat des NS-Regimes zu einem gut geölten Rädchen des NS-Wirtschafts- bzw. Herrschaftssystems wandelte.

Fünf Erkenntnisse aus den dargelegten Zusammenhängen lassen sich abschließend herausarbeiten: Erstens haben sich Geschwindigkeit und Konsequenz offenbart, mit der die Kammer 1933/34 zunächst eine inhaltliche und personelle Annäherung an die neuen Machthaber vollzog. Ideologische Schärfe und ein radikales Überbordwerfen wirtschaftsliberaler Grundsätze, die Preisgabe der eigentlichen Selbstverwaltung und die bereitwillige Adoption des „Führerprinzips“ können als Meilensteine dieses Abstiegs gelten, den die führenden Akteure jedoch als einen mit Machtgewinn verbundenen Aufstieg erlebten.

Zweitens fehlte jede Spur von Bedenken gegen die Ausschaltung von Markt und Wettbewerb ebenso, wie eines auch nur kurzen Innehaltens oder gar von Widerstand oder Solidarität, bevor sich die IHK gegen ihre Mitglieder jüdischen Glaubens wandte. Konsequentes und teils vorauseilend radikales Handeln bei der „Entjudung“ der Wirtschaft des Kammerbezirks durch Informationsbeschaffung, Auskünfte und Begutachtungen kennzeichnen die Geschichte der Kammer in diesem Feld. Die Kammer wurde so zu einem Akteur der antijüdischen Politik des „Dritten Reiches“.

Drittens bildeten stets Menschen die IHK. Der Blick auf den im engeren Sinne mit den Amtsgeschäften befassten Personenkreis, die Präsidenten und ihre Geschäftsführer, hat ein durchaus heterogenes Bild offenbart. Überzeugte Nationalsozialisten arbeiteten mit Kollegen zusammen, die sich teils pragma-

tisch, teils überzeugt anpassten, und mit solchen die versuchten, eine gewisse Distanz zur NS-Ideologie zu wahren – und doch dem Regime dienten. Hinweise auf Versuche, Handlungsspielräume zum Verhindern ideologisch motivierter Untaten zu nutzen, oder gar auf widerständiges oder auch nur resilientes Verhalten geben die Quellen indes an keiner Stelle. Entsprechende Aussagen und Rechtfertigungsversuche aus den Entnazifizierungsakten bedürfen einer differenzierten quellenkritischen Erörterung. Besonders wichtig ist die Erkenntnis, dass jeder Akteur der Kammerführung die ihm zugedachte Rolle in einer unternehmerischen Selbstverwaltung, die schließlich nur noch ein Instrument „staatlicher Wirtschaftslenkung“ war, übernahm und erfüllte. Dies lehrt uns manches über das Funktionieren der deutschen Gesellschaft im „Dritten Reich“.

Viertens blieben die Strukturen der IHK auch nach der Integration in die Gauwirtschaftskammer weitgehend erhalten. Wenig deutet darauf hin, dass sich ihr Charakter in den letzten beiden Kriegsjahren grundlegend veränderte. Zentrale Führungspersonen wie Hagen und Manns behielten mit modifizierten Titeln ihre Positionen. Eine aus dem nominellen Verschwinden von Bezeichnungen abgeleitete Entlastung kann keinen Bestand haben.¹¹⁹

Fünftens widersprechen die vorliegenden Ergebnisse der bisherigen Historiographie zur IHK fundamental, die ihre Geschichte im „Dritten Reich“ in der Nachkriegszeit zunächst geradezu exkulpatorisch skizzierte:

„In den folgenden Zeiten bedurfte es oft großer Geschicklichkeit und einer diplomatischen Haltung des Präsidenten und der Geschäftsführung, um die Kammertätigkeit aus dem politischen Getriebe möglichst herauszuhalten und eine betont sachliche Arbeit zu leisten. Dies ist weitgehend gelungen, obwohl sich die neuen politischen Grundsätze überall durchsetzen und auch die Kammer davon nicht unberührt blieb. Vor allem bei den bekannten Gleichschaltungsmethoden, [sic] Arisierungen war es ein besonderes Anliegen der verantwortungsbewussten Kräfte in der Kammer, die ihnen noch belassenen Einflussmöglichkeiten dafür einzusetzen, dass die Wirtschaft des Bezirks vor ernstlichen Erschütterungen möglichst bewahrt werde. Während des ge-

samen Zeitabschnitts blieben auf Sachkunde und Erfahrungen gestützte Überlegungen sowie eine besonnene Haltung die Kennzeichen der Kammerarbeit, die deshalb – im internen Verhältnis – von den Parteidienststellen häufig recht kritisch beurteilt wurde.“¹²⁰

Jede Aussage dieser Passage ist widerlegt.

Ein heute offener und kritischer Umgang mit der eigenen Geschichte ist Ausdruck des Fortschritts einer Gesellschaft und ihrer Institutionen in der Auseinandersetzung mit der Frage, wie das „Dritte Reich“, der Zweite Weltkrieg und der Holocaust in Deutschland bzw. von Deutschland ausgehend möglich wurden. Es ist diese Haltung, die es uns möglich macht, unsere Vergangenheit zu verstehen und von ihr Lehren für Gegenwart und Zukunft abzuleiten.

¹ Steinwascher (2006), S. 641-765, S. 641 ff.

² Niemann (1982), S. 45-64, S. 45 ff.

³ Kühling (1963), S. 19, 37, 53.

⁴ Ebd., S. 77; AMbIHKOS, Januar 1931, S. 1 f., S. 17 f.

⁵ AMbIHKOS, September 1932, S. 97 f.

⁶ AMbIHKOS, Januar 1933, S. 1 sowie für Osnabrück überblickend Panayi, 2007.

⁷ Steinwascher (2006), S. 706-719.

⁸ Ebd., S. 746 f.

⁹ Steinwascher (2015), S. 14-44, S. 14 ff.

¹⁰ AMbIHKOS, März 1933, S. 26.

¹¹ Ebd., S. 27. Eine wenig verklausulierte Zustimmung zu den Gewalttaten der neuen Regierung gegen die politische Opposition. AMbIHKOS, April 1933, S. 39.

¹² Sellmeyer (2015), S. 266-278, S. 269.

¹³ In seiner Entnazifizierungsakte distanzierte sich Erich Sperling später deutlich – und erfolgreich – vom NS System und wurde schließlich in Kategorie IV eingestuft, also zu den nominellen Unterstützern des Regimes gezählt. Kern seiner Verteidigungsstrategie war der Verweis auf einen Konflikt mit der NSDAP im Kontext der „Machtergreifung“, bei dem er aus seinen „Ehrenämtern“ verdrängt worden sei. Seine Äußerungen in der Hauptversammlung stehen hierzu in scharfem Konflikt. Es scheint, als wäre Sperling in der Übergangsphase vorgeprescht, um durch diese überdeutliche Loyalitätsbekundung seine Position zu sichern und damit vorübergehend gescheitert; Niedersächsisches Landesarchiv Standort Osnabrück, Rep 980 53930. AMbIHKOS, Juni 1933, S. 58.

¹⁴ Dazu kursorisch auch Steinwascher (2006), S. 641-766, S. 741.

¹⁵ DNVP = Deutschnationale Volkspartei; Entnazifizierungsakte von Gustav Hagen, NLA OS Rep 980 36023. In diesem Zusammenhang ist ein Schriftwechsel des DNVP Landesverbandes Osnabrück mit dem Arbeitsausschuss Deutschnationaler Industrieller von Interesse, aus dem hervorgeht, wie die DNVP noch gestützt auf Alfred Hugenberg, damals im ersten Kabinett Hitler Wirtschafts- und Arbeitsminister, bei der „Neuordnung der Wirtschaftlichen Dinge die Hand“ gegen wachsenden Nationalsozialistischen Einfluss „im Spiel zu behalten“ und Gustav Hagen als ihren Wirtschaftsvertreter benennt. Kurz zuvor hatte sich Hagen an den Verband gewandt, um zu erreichen, dass bei den im Mai 1933 bevorstehenden Kammernachwahlen nur „selbständige Unternehmer“ und „Vorstandsmitglieder“ wählbar wären, um „Vertreter von Konzernfirmen, Prokuristen usw. [auszuschließen], die in der Regel diejenigen [sind], die liberalistische Gedankengänge in der Wirtschaft vertreten.“ Schreiben von Gustav Hagen für den Landesverband Osnabrück der DNVP vom 12.04.1933 an den Ausschuss Deutschnationaler Industrieller, NLA OS, Erw C1 DNVP Nr. 28. Gustav Hagen selbst trat erst 1941 der NSDAP bei, Entnazifizierungsakte von Gustav Hagen, NLA OS, Rep 980 36023.

¹⁶ Ebd., Entnazifizierungsakte von Erich Sperling, NLA OS Rep 980, 57127, Entnazifizierungsakte von Wilhelm Bormann, NLA OS, Rep 980 34360, Entnazifizierungsakte von Heinrich Lamprecht, NLA OS, Rep 980 10651; AMbIHKOS, Juni 1933, S. 50.

¹⁷ Rass/Hilgediek (2015), S. 275-318, S. 275 ff.

¹⁸ AMbIHKOS, Juni 1933, S. 59.

¹⁹ Der Industrie- und Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel formulierte auf einer Präsidialkonferenz in Hannover am 13. Juni 1933 das Angebot einer Anpassung an die neuen ordnungspolitischen Vorgaben bei prinzipiellem Bestandsschutz, vgl. AMbIHKOS, Juni 1933, S. 62. Nur wenige Tage später, am 22. Juni 1933 erfolgte die Selbstentmachtung des DIHKT, der einen erklärten Nationalsozialisten zum neuen Präsidenten wählte und im Anschluss durch Übertragung entsprechender Vollmachten jede demokratische Mitwirkung ausschaltete, vgl. AMbIHKOS, Juli 1933, S. 69.

²⁰ Schlatermund (1985), S. 349 f. Die Repression gegen die Gewerkschaften hatte schon seit März 1933 dazu geführt, dass in Osnabrück die Arbeit der freien Gewerkschaften nur noch sehr eingeschränkt erfolgen konnte.

²¹ Aufmarschplan, zitiert nach: Schlatermund (1985), S. 334.

²² Osnabrücker Zeitung vom 28.04.1933, zitiert nach: Schlatermund (1985), S. 333.

²³ AMbIHKOS, September 1933, S. 94 f.

²⁴ Schreiben der IHK Osnabrück vom 18.09.1933 an die Gemeindeverwaltungen im Kammerbezirk, NLA OS, Dez 59b Nr. 1649; Schreiben der IHK Osnabrück vom 03.03.1934 an die Mitglieder in Industrie und Großhandel, NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz 12/54 Nr. 27; Rede von Gustav Hagen vor der Vollversammlung der IHK Osnabrück vom 30.04.1934, NLA OL, Best. 265 Nr. 1357.

²⁵ AMbIHKOS, Oktober 1933, S. 106.

²⁶ Schreiben der IHK Osnabrück vom 18.09.1933 an die Gemeindeverwaltungen im Kammerbezirk, NLA OS, Dez 59b Nr. 1649.

²⁷ AMbIHKOS, Februar 1934, S. 15; Es handelte sich um das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern vom 28.12.1933. Neben einem Einzelhandelsausschuss entstand in der folgenden Sitzung auch ein „Industriellenausschuss“ unter Führung von Vizepräsident Bormann. Die Kammer nahm dazu eine ambivalente Haltung ein, denn, wie der zweite Geschäftsführer Dr. Giese in einem auf dem Beschluss zur Gründung einer Einzelhandelsvertretung darlegte, sah die Industrie- und Handelskammer in der Regulierung des Zugangs zum Einzelhandel nur eine vorübergehende Maßnahme, um nicht „auf Dauer den vielen jungen Kaufleuten die Möglichkeit zur Existenzgründung vorzuenthalten.“, ebd.; dazu auch Fackler (1998), S. 244-255, S. 244 ff.; Die Satzung der Einzelhandelsvertretung findet sich in NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz 15A 65 Nr. 5 Bd. 2.

- ³⁰ AMbIHKOS, Februar 1934, S. 14f., August 1934, S. 83.
- ³¹ AMbIHKOS, Februar 1934, S. 16.
- ³² AMbIHKOS, Juni 1934, S. 59.
- ³³ Siehe exemplarisch Satzung vom Januar 1943 der Wirtschaftskammer Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz. 15A/65 Nr. 12; sowie die Satzung der Einzelhandelsvertretung der IHK zu Osnabrück von 1935, NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz 15A/65 Nr. 5 Bd. 2.
- ³⁴ AMbIHKOS, Juli 1934, S. 70.
- ³⁵ Ebd., S. 77 ff.
- ³⁶ Ebd., Personaltabelleau, S. 83.
- ³⁷ Zitate ebd.
- ³⁸ AMbIHKOS, März 1935, S. 17.
- ³⁹ Ebd., S. 18.
- ⁴⁰ AMbIHKOS, August 1934, S. 80 f.
- ⁴¹ AMbIHKOS, September 1934, S. 90 f.; zum Vergleich: bei den Wahlen der Vollversammlung Anfang 1931 wurden 4 Personen ins Präsidium der Kammer gewählt (Präsident Stolcke, drei Stellvertreter: Dütting, Kühling, Rink; Hauptausschuss: 10 Mitglieder, dieser durfte sich ergänzen); AMbIHKOS, März 1931, S. 29; Februar 1933, S. 15 f.; die Vollversammlung hatte 1929 30 Mitglieder, der Einzelhandelsausschuss 34 Mitglieder und der Großhandelsausschuss 24 Mitglieder, j); AMbIHKOS, Juli 1927, S. 5, August 1927, S. 3 f., Dezember 1929, S. 117ff.
- ⁴² Zu den Auswirkungen der Preiskontrolle vgl. auch Steinwascher (2006), S. 748.
- ⁴³ AMbIHKOS, November 1934, S. 109.
- ⁴⁴ Dazu für Osnabrück grundlegend Sellmeyer/Junk (2000).
- ⁴⁵ Bajohr (2003); Fritsche/Paulmann (Hg.) (2014); zu Osnabrück grundlegend: Krause/Gander (2000), S. 226-243; Kuller, 2013, S. 243 ff.
- ⁴⁶ AMbIHKOS, September 1935, S. 18.
- ⁴⁷ Während in entsprechenden Stellen die entscheidenden „obersten Verwaltungsbehörden“, in Osnabrück war dies der Regierungspräsident, die Kammern bei „Arisierungen“ zu Rate zog, gehörte es in dem ab 1938 durch die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 und die begleitenden Anordnungen des „Beauftragten für den Vierjahresplan“ etablierten Standardverfahren, die Kammern, neben Gauleiter und NSDAP zu hören; vgl. AMbIHKOS, August 1938, S. 60.
- ⁴⁸ Sellmeyer (2015), S. 266-278, 269.
- ⁴⁹ Castan (2015), S. 288-301, S. 294 f.
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ Steinwascher (2006), S. 747.
- ⁵² Bajohr (2003); von Prollius (2003).
- ⁵³ von Prollius (2003); Niemann (2009); Niemann (2003), S. 293-331.
- ⁵⁴ Briesen (2009), S. 66.
- ⁵⁵ Krause/Gander (2000), S. 226 ff.
- ⁵⁶ Tätigkeitsbericht für das Jahr 1938 der IHK zu Osnabrück, S. 76 f.; Schreiben der IHK zu Osnabrück vom 02.11.1938 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 310 Akz 12/54 Nr. 27; Liste von jüdischen Geschäften und jüdischen Verpächtern von Geschäftsräumen, Archiv IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim; Schreiben der IHK zu Osnabrück an den Regierungspräsidenten in Osnabrück vom 23.09.1938, NLA OS, Rep 430 Dez 904 Akz 15/1965 Nr. 2; Schreiben der IHK zu Osnabrück an den Regierungspräsidenten in Osnabrück vom 24.09.1938, ebd.
- ⁵⁷ Bajohr (2003); Krause/Gander (2000), S. 226 ff.; Frei (2013), S. 45 ff.
- ⁵⁸ Tätigkeitsbericht für das Jahr 1938 der IHK zu Osnabrück, S. 77.
- ⁵⁹ Schreiben der IHK vom 05.09.1939 an den Regierungspräsidenten zu Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 904 Akz 15/65 Nr. 2; Schreiben der IHK vom 14.01.1939 an den Regierungspräsidenten zu Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 904 Akz 15/65 Nr. 6.
- ⁶⁰ Schreiben der IHK vom 11.01.1939 an den Regierungspräsidenten zu Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 904 Akz 15/65 Nr. 2. Rengermann (2013), S. 68.
- ⁶¹ Rengermann (2013), S. 68.
- ⁶² Schreiben der IHK vom 05.09.1939 an den Regierungspräsidenten zu Osnabrück, NLA OS, Rep 430 Dez 904 Akz 15/65 Nr. 2.
- ⁶³ Schreiben der IHK Osnabrück vom 23.09.1938 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, ebd.
- ⁶⁴ Schreiben der IHK Osnabrück vom 24.09.1938 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, ebd.
- ⁶⁵ Schreiben der IHK Osnabrück vom 05.06.1939 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, ebd.; Schreiben der IHK Osnabrück vom 25.08.1939 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, ebd.; Abschrift der Verhandlungsniederschrift vom 08.12.1938, ebd.
- ⁶⁶ Schreiben der IHK Osnabrück vom 24.01.1939 an den Oberbürgermeister von Osnabrück, ebd.; Schreiben des Kreiswirtschaftsberaters Amtrup vom 21.01.1939 an den Oberbürgermeister von Osnabrück, ebd.
- ⁶⁷ Tätigkeitsbericht für das Jahr 1938 der IHK zu Osnabrück, S. 76.
- ⁶⁸ Reichsgesetzblatt 1934, Teil 1, S. 790.
- ⁶⁹ So exemplarisch in der Entnazifizierungsakte von Wilhelm Bormann, NLA OS, Rep 980 34360.
- ⁷⁰ BA Standort Berlin, R 9361 I Personenbezogene Unterlagen der NSDAP, Akte 58825; BA Standort Berlin, VBS 286 SSO/SS-Führerpersonalakten (Akte 6400050135); Entnazifizierungsakte von Carl Winterhoff, NLA OS, Rep 980 39223.
- ⁷¹ Ebd.
- ⁷² Entnazifizierungsakte von Ernst Hegels, NLA OS, Rep 980 01216.
- ⁷³ Ebd.
- ⁷⁴ Ein Schreiben von Ernst Hegels 03.09.1968 gibt Auskunft über die Genese der stark gestörten Überlieferung der IHK. Mit seinem Schreiben überreicht er der Kammer Auszüge aus seinen Handakten mit der Bemerkung, er habe von dem Material aus der Zeit vor 1945 die „Mehrzahl vernichtet, da der Inhalt heute ohne besonderes Interesse ist.“ Dabei mag er in gutem Glauben gehandelt haben, für die Forschung ist dieser Umgang mit den Quellen jedoch zu bedauern, Archiv der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim.
- ⁷⁵ Tätigkeitsbericht für das Jahr 1938 der IHK zu Osnabrück, S. 93.
- ⁷⁶ AMbIHKOS, Juni 1939 S. 45.
- ⁷⁷ Manns trat 1937 der NSDAP bei und zählte seit 1933 zu den fördernden Mitgliedern der SS, BA Standort Berlin, R3101 Nr. 9686.
- ⁷⁸ Neue Volksblätter vom 28.05.1943, 76. Jg., Nr. 146, NLA OS, Erw A 18, Waltermann Nr. 260.
- ⁷⁹ Entnazifizierungsakte von Hermann Amtrup, NLA OS, Rep 980 37368; Liste Vorstand der IHK Osnabrück, BA Standort Berlin, R3101 Nr. 9686; Entnazifizierungsakte von Gustav Werfft, NLA OS, Rep 980 37547; Entnazifizierungsakte von Hans Eckert, NLA OS, Rep 980 28553; Entnazifizierungsakte von Lothar Knake, NLA OS, Rep 980 08220.
- ⁸⁰ Entnazifizierungsakte von Hermann Amtrup, NLA OS, Rep 980 37368.
- ⁸¹ Konfliktfrei musste dies freilich nicht verlaufen, wie eine heftige Auseinandersetzung zwischen Manns und Eckert im April 1944 unterstreicht, bei der es um das Verhalten von Manns bei der Benutzung des Luftschutzraumes im Kammergebäude ging, Schreiben von Benno L. Manns vom 05.04.1944 an Gustav Hagen, NLA OS, Rep. 430 Dez 400 Nr. 850; Schreiben von Gustav Hagen vom 24.08.1944 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, ebd.; Schreiben vom Oberstaatsanwalt vom 29.08.1944 an Gustav Hagen; ebd.
- ⁸² Werfft selbst war nie Mitglieder der NSDAP geworden, Liste Vorstand der IHK Osnabrück, BA Standort Berlin, R3101 Nr. 9686; Entnazifizierungsakte von Gustav Werfft, NLA OS, Rep 980 37547.
- ⁸³ Entnazifizierungsakte von Hans Eckert, NLA OS, Rep 980 28553.
- ⁸⁴ Allerdings wurde Knake mit dem Stahlhelm in die „SA-Reserve“ überführt und trat, nach eigener Angabe auf Anweisung, 1937 mit den noch nicht parteizugehörigen Männern der SA-Reserve in die NSDAP ein; Entnazifizierungsakte von Lothar Knake, NLA OS, Rep 980 08220.
- ⁸⁵ AMbIHKOS, Juni 1939, S. 41.
- ⁸⁶ Ebd.
- ⁸⁷ Kershaw (2011); Hillmann (2002).

- ⁸⁸ Parallelen aus Kammerliteratur; zur Situation der Wirtschaft im Raum Osnabrück siehe Steinwascher (2006), S. 749.
- ⁸⁹ AMbIHKOS, Oktober 1941, S. 73.
- ⁹⁰ AMbIHKOS, Mai 1941, S. 36. Zeitgleich wurde etwa darauf hingewiesen, dass in Belgien und im „Generalgouvernement“ neue Deutsche Handelskammern eingerichtet worden waren oder auf die Einrichtung einer „Zentralauftragsstelle“ für Belgien und Nordfrankreich zur Koordination der unternehmerischen Zusammenarbeit mit den besetzten Gebieten.
- ⁹¹ AMbIHKOS, September 1941, S. 65.
- ⁹² Pohl/Sebta (Hg.) (2013); Reiter (1993); siehe insbesondere auch Fings (2005); Issmer (2003), S. 141 - 167; ders. (1998).
- ⁹³ Literatur Kammern und Zwangsarbeit; siehe dazu auch Steinwascher (2010), S. 750.
- ⁹⁴ AMbIHKOS, Januar 1941, S. 4; AMbIHKOS, Oktober 1941, S. 73; AMbIHKOS, Juni 1942, S. 41, S. 45.
- ⁹⁵ Dies galt etwa für beratende und verwaltende Tätigkeit im Rahmen der Bedarfsermittlung, der Ermittlung von Unterbringungsmöglichkeiten, der Eröffnung von Bordellen, vgl. Vergin, 2008, S. 358, 379, 549.
- ⁹⁶ Tooze (2007); Abelshauser (2013); Abbildung „Deutsche Wirtschaftsorganisation nach dem 20.04.1942“, NLA OL, Dep 32 Akz 10 Nr. 119.
- ⁹⁷ AMbIHKOS, November 1941, S. 89.
- ⁹⁸ Grundlegend sind die Verordnungen über die Bildung von Gauwirtschaftskammern vom 20. April 1942, vgl. Herhaus, 1988, S. 19.
- ⁹⁹ Haßmann (1942), S. 13f. bzw. 26 f. Wirtschaftskammern bestanden ohne eigene Rechtspersönlichkeit als „Arbeitsgemeinschaft der gesamten gewerblichen Wirtschaft“ bereits seit 1934, vgl. Herhaus (1988), S. 19.
- ¹⁰⁰ So bereits der Hinweis in einem Bericht an das Reichswirtschaftsministerium vom 7. November 1940, BA Standort Berlin, R3101 Nr. 9686.
- ¹⁰¹ Schreiben von Oberbürgermeister Gärtner vom 28.04.1942 an Reichsstatthalter und Gauleiter Röver, NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz 15A/65 Nr. 12.
- ¹⁰² Schreiben von Hagen vom 05.05.1942 an Gauinspekteur Wehmeier, ebd.
- ¹⁰³ Schreiben des Regierungspräsidenten in Osnabrück vom 14.05.1942 an den Gauleiter in Oldenburg, ebd.
- ¹⁰⁴ Ebd.; Bereits am 16. Mai 1942 hatte Benno L. Manns eingehende Bedenken von Unternehmern an den Regierungspräsidenten weiter geleitet, ebd.
- ¹⁰⁵ Schreiben von Bollmeyer (Ministerialrat Dr. Hassmann) vom 11.09.1942 an die IHK Osnabrück, Handelskammer Bremen, MA-H I 54 I-; Schreiben von Dr. Manns vom 15.09.1942 an den Hauptgeschäftsführer der IHK Bremen, ebd.; Schreiben von Gustav Hagen vom 16.09.1942 an Wirtschaftskammer Bremen, ebd.; Schreiben von Gustav Hagen vom 17.09.1942 an Wirtschaftskammer Bremen, ebd.; Schreiben der IHK Osnabrück vom 03.11.1942 an die IHK Bremen, ebd.
- ¹⁰⁶ Verfügung des Reichswirtschaftsministerium in Berlin vom 21.12.1942, BA Standort Berlin, R3101 Nr. 9686.
- ¹⁰⁷ Die Entscheidung über Diepholz und Tecklenburg scheint eine typische Konfliktlösungsstrategie des Regimes zu folgen. Die Gebiete schieden zwar aus dem Kammerbezirk aus, die Kammer übernahm dort jedoch weiterhin ihre Funktionen bis „zur Errichtung von Gauwirtschaftskammern in den entsprechenden Gebieten“, vgl. Mitteilungsblatt der Wirtschaftskammer Osnabrück im Bereich der Gauwirtschaftskammer Weser-Ems, Januar 1943, S. 1.
- ¹⁰⁸ Handwerkskammer Osnabrück: Beiträge zur Geschichte des Osnabrücker Handwerks anlässlich des 75-jährigen Bestehens, Osnabrück 1975, S. 429 ff.
- ¹⁰⁹ Satzung Gauwirtschaftskammer, eine Liste der 39 Mitglieder findet sich in: Handelskammer Bremen, MA-H I 54 I-. Zum 40. Mitglied wurde Oberbürgermeister Gärtner bestimmt, Schreiben der Gauwirtschaftskammer vom 05.05.1943 an den Oberpräsidenten in Hannover, ebd.
- ¹¹⁰ Die Ernennungen erfolgten durch Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom 31.03.1943 an IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Akte . Die Anstellung von Manns als Geschäftsführer wurde am 15.5.1943 genehmigt, Handelskammer Bremen, MA-H I 54 I.
- ¹¹¹ Handwerkskammer Osnabrück: Beiträge zur Geschichte des Osnabrücker Handwerks, S. 441 ff.
- ¹¹² Nach Bekunden von Walter Kurtz in seinen Lebenserinnerungen war Petersilie auch Träger des „Goldenen Parteiabzeichens“, NLA OS Erw A 48 Akz 2011/099 Nr. 10. Um diese Personalie gab es offenbar Streit, denn Petersilie sollte zum „kommissarischen Vizepräsidenten“ degradiert werden, wurde dann aber mit Hinweis auf den beleidigenden Charakter dieser abgewerteten Stellung im Präsidium belassen; Handelskammer Bremen, Schreiben Gustav Hagens vom 21.1.1943 an Präses Bollmeyer, Gauwirtschaftskammer Bremen.
- ¹¹³ MbWkOSWeser-Ems, Sondernummer 1943, S. 41.
- ¹¹⁴ MbWkOSWeser-Ems, Sondernummer 1943, S. 45.
- ¹¹⁵ Ebd., S. 47, Fragebogen von Dipl.-Ing. Werner Weinreich, NLA OS, Rep 430 Dez 301 Akz. 35/78 Nr. 1, siehe auch Handwerkskammer Osnabrück (1975), S. 444.
- ¹¹⁶ Dies belegen durch Korrespondenz nachgewiesene Streitigkeiten um Zuständigkeiten zwischen Osnabrück und der Führung der Gauwirtschaftskammer, Handelskammer Bremen, MA-H I 54 I.
- ¹¹⁷ MbWkOSWeser-Ems, Februar 1944, S. 1.
- ¹¹⁸ Ebd., passim.
- ¹¹⁹ IHK Osnabrück-Emsland: 125 Jahre IHK Osnabrück-Emsland, S. 52.
- ¹²⁰ IHK zu Osnabrück: Die Industrie- und Handelskammer zu Osnabrück, Ihre Entstehung und geschichtliche Entwicklung. Festschrift zur Erinnerung an die Einweihung des neuen Kammergebäudes Osnabrück, am 21. Mai 1954, S. 74.